

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 11

November 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Die wirtschaftlichen Aussichten für den bevorstehenden Winter

Die voraussichtliche Energieversorgung — Rückwirkung der Energielage auf die gewerbliche Produktion — Reaktionen auf dem Arbeitsmarkt — Saisonbedingte Anspannung auf dem Konsumgütermarkt — Zusammenfassung und Ausblick

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Die Entwicklung des Holzeinschlages — Zur Problematik der Agrarstatistik — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze; Die Entwicklung der Warenhausumsätze — Arbeitslage; Mangel an Lehrstellen — Verkehr; Ausländerfremdenverkehr — Außenhandel; Die ausländischen Hilfslieferungen

Der Bundesvoranschlag 1949

Allgemeine Kennzeichen des Voranschlages — Die Staatsausgaben — Die Staatseinnahmen — Die wirtschaftliche Problematik des Budgets

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Die wirtschaftlichen Aussichten für den bevorstehenden Winter

Die bereits in den vergangenen Monaten eingehend erörterten Preis-, Lohn-, Währungs- und Budgetprobleme haben nichts an Aktualität eingebüßt und werden auf längere Sicht zweifellos den Gang der österreichischen Wirtschaft entscheidend beeinflussen. Im Augenblick jedoch und für die *kurzfristige* Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten in den unmittelbar bevorstehenden Wintermonaten kommt den materiellen Voraussetzungen, namentlich der Energie- und Rohstoffversorgung, der voraussichtlichen Produktionsentwicklung, ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt und nicht zuletzt auch auf das zu erwartende Konsumgüterangebot relativ größere Bedeutung zu.

Der schwere Rückschlag, den die österreichische Wirtschaft im strengen Winter 1946/47 erlitt und der sich, vor allem in den nachgelagerten Produktionsstufen, bis in die Sommermonate hemmend auf den wirtschaftlichen Fortschritt ausgewirkt hatte, ist noch deutlich in Erinnerung. Besteht die Gefahr, daß der kommende Winter neuerlich die außerordentlichen Fortschritte der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1948 zunichte macht oder ist die

österreichische Wirtschaft bereits soweit konsolidiert, daß nach menschlichem Ermessen kein ernsterer Rückschlag befürchtet werden muß?

Die voraussichtliche Energieversorgung

Die strukturelle Schwäche der österreichischen Energiewirtschaft — Überfluß an Sommerstrom, Mangel an Winterstrom — stellt die Wirtschaftspolitik auch am Beginn dieses Winters vor schwierige Probleme. Der Bedarf an elektrischem Strom ist durch die im Vergleich zum Vorjahr bedeutend erhöhte Produktion beachtlich gestiegen. (Aus einem Vergleich des Stromverbrauchs in den Monaten Juni und Juli der Jahre 1947 und 1948, in denen der Bezug nicht beschränkt war und deshalb den echten Bedarf widerspiegelt, geht hervor, daß der Strombedarf heuer um etwa 25% höher ist als im Vorjahr.) Da diesem erhöhten Strombedarf praktisch eine nahezu unveränderte Kapazität der Wasserkraftwerke gegenübersteht, müßte der Mehrbedarf ganz aus kalorischen Werken gedeckt werden. Die Kapazität der kalorischen Werke konnte zwar durch die Reparatur zweier 30 MW-Maschinen in Linz

erhöht werden, sie wird jedoch den Fehlbedarf nur bei milder Witterung und bei über dem Saison-durchschnitt liegenden Leistungen der Wasserkraftwerke decken können. Andernfalls werden, je nach der Wasserdarbietung der Flüsse, mehr oder weniger rigorose Stromsparmaßnahmen unvermeidlich sein.

Die Möglichkeit einer ernsteren Stromverknappung in diesem Winter hat die zuständigen Behörden veranlaßt, die Energieversorgung in diesem Winter und die allenfalls notwendig werdenden Einschränkungen des Energiebezugs sorgfältig zu planen. Für Haushalt, Gewerbe und sonstige Kleinabnehmer wurden Stromsparmaßnahmen im gleichen Ausmaß wie im Vorjahr vorgesehen. Für die Industrie (Stromabnehmer mit einem Monatsverbrauch von mehr als 5.000 kWh) wurde in Anlehnung an den vorjährigen Plan ein *Industrieschaltplan* erstellt¹⁾, in dem die Strom- und die Kohlenversorgung der einzelnen Betriebe weitgehend aufeinander abgestimmt wurden. Durch die Einteilung der einzelnen Betriebe nach ihrer Dringlichkeit in vier Schaltstufen wird eine geregelte Energieeinschränkung bei einer Verschärfung der Energielage angestrebt.

Der Energiebedarf der österreichischen Industrie nach dem Industrieschaltplan

Versorgung einschl. Schaltstufe	Kohlen- bedarf in 1000 t (Stein- kohlenbasis) pro Monat	Strom- bedarf in Mill. kWh
IV.	173	108
III.	164	100
II.	146	86
I.	112	62

Man rechnet damit, daß bei einer dem Normaljahr entsprechenden Erzeugung von Wasserkraftstrom sowie bei vollem Einsatz der verfügbaren kalorischen Kraftwerke während der wasserarmen Monate innerhalb des Verbundnetzes monatlich rund 230 Mill. kWh, das sind um 21 Mill. kWh mehr als im Durchschnitt der sechs Wintermonate des vergangenen Jahres zur Verfügung stehen werden. Mit dieser Strommenge dürfte unter der Voraussetzung, daß die im Industrieplan vorgesehenen sowie die für Kleinabnehmer verfügbaren Stromeinschränkungen tatsächlich eingehalten werden, der industrielle Strombedarf bei Schaltstufe III, auf die die Wirtschaft bereits seit 1. Oktober eingeschränkt wurde, während der kritischen Monate gedeckt werden können. Auch der Kohlenbedarf nach Schaltstufe III erscheint gesichert, sofern die im Marshall-Plan vorgesehenen Mengen tatsächlich eintreffen.

¹⁾ Daneben gibt es auch einen *Gewerbeschaltplan* für die Handwerker.

Wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten und der saisonbedingte Rückgang der Wasserstromerzeugung das normale Ausmaß nicht stark übersteigt, hängt die klaglose Überbrückung der Wintermonate, die bei Schaltstufe III gewährleistet ist, einzig und allein von dem Verantwortungsbewußtsein und der Disziplin der Stromabnehmer ab.

Die bisher zur Sicherung eines geregelten Stromverbrauches getroffenen Maßnahmen scheinen allerdings nicht ausreichend zu sein. Im Oktober wurden im Verbundnetz trotz Einführung der Schaltstufe III und der Bezugsbeschränkungen für Kleinabnehmer um rund 20 Mill. kWh mehr verbraucht als planmäßig (230 Mill. kWh) vorgesehen war, da sich viele Stromabnehmer sowohl in der Industrie als auch in den Haushalten nicht an die Sparmaßnahmen hielten und lieber den höheren Strompreis für den Mehrverbrauch zahlten, als ihren Verbrauch einzuschränken. Dadurch mußten bereits im Oktober die kalorischen Werke stärker als vorgesehen beansprucht werden, mit dem Ergebnis, daß die Lagervorräte an Kohle innerhalb Monatsfrist von 170.000 t auf 117.000 t zurückgingen. Die Disziplinlosigkeit der Stromabnehmer beschwört aber nicht nur durch den vorzeitigen Verbrauch der Kohlenvorräte, sondern auch dadurch Gefahr herauf, daß die dauernde Überbeanspruchung der überalterten Dampfkraftwerke Maschinenausfälle und damit zusätzliche Produktionsminderungen verursachen könnten.

Rückwirkung der Energielage auf die gewerbliche Produktion

Die industrielle Produktion hat im Laufe des Jahres 1948 beachtliche Fortschritte erzielt. Das allgemeine Produktionsniveau lag im September 1948 bereits über der Vorkriegsproduktion und um 50% höher als Ende 1947. (Die Konsumgüterproduktion hat allerdings erst rund 70% des Vorkriegsstandes erreicht.) Eine Voraussage der Produktionsentwicklung in den kommenden Monaten hat zu berücksichtigen, daß die Produktion einiger Industriezweige, wie etwa die Baustoffproduktion, in den Wintermonaten auch ohne Energieschwierigkeiten zurückgeht. Dieser saisonbedingte Produktionsrückgang könnte jedoch dadurch mehr als kompensiert werden, daß in anderen Produktionszweigen dank den allmählich anlaufenden Marshall-Plan-Lieferungen die Produktion stärker belebt wird. Die Voraussetzungen hierfür sind keineswegs ungünstig. Wohl mögen die in den kommenden Monaten für die Industrie zu erwartenden Marshall-Plan-Lieferungen nicht sehr bedeutend sein; ihr Wert liegt jedoch

darin, daß durch sie vielfach Produktionslücken und Rohstoffengpässe beseitigt werden, so daß oft durch mengen- und wertmäßig relativ geringfügige Lieferungen bedeutende Produktivitätssteigerungen erzielt werden können.

Wieweit die einzelnen Industriezweige von Stromsparmaßnahmen betroffen werden, ist in groben Zügen aus dem Industrieschaltplan zu ersehen.

Der Energiebezug einzelner Wirtschaftszweige nach dem Industrieschaltplan

Wirtschaftszweig	Schaltstufe					
	III		II		I	
	Kohle	Strom	Kohle	Strom	Kohle	Strom
	in % des vollen Bedarfs (Stufe IV)					
Bergbau	100	98·5	99·0	93·1	98·0	72·3
Eisenerzeugung	100	92·6	96·0	72·0	89·0	52·4
Metallhütten	100	90·4	94·0	87·0	72·0	60·9
Eisenverarbeitung	100	97·0	90·7	82·8	55·7	46·5
Elektroindustrie	100	97·0	92·0	78·9	57·0	29·6
Bau- und Baustoffindustrie	92·6	82·8	73·2	60·4	43·2	28·1
Holzverarbeitende Industrie	100	92·6	82·3	66·6	41·1	29·6
Chemische Industrie	99	95·2	93·0	91·5	74·0	76·2
Papierindustrie ¹⁾	80·3	61·3	80·1	46·2	79·8	30·7
Lederindustrie	100	100·0	96·8	100·0	71·5	72·9
Textilindustrie	100	95·9	91·8	77·4	68·6	30·7
Bekleidungsindustrie	100	100·0	93·0	95·8	73·0	88·6
Nahrungs- u. Genußmittelind.	100	98·6	82·4	85·7	73·0	79·7
Sonstige Industrien	100	99·6	95·7	92·9	83·7	82·7
Insgesamt	95	92·6	86·0	79·6	68·0	57·4

¹⁾ Die Papierindustrie deckt einen erheblichen Teil ihres Strombedarfes durch eigene Anlagen.

Bei der Einstufung der einzelnen Industriebetriebe in die verschiedenen Schaltstufen wurde sowohl auf einen möglichst störungsfreien Ablauf des Produktionsprozesses als auch auf lohn-, preis- und währungspolitische Auswirkungen Bedacht genommen. Entsprechend der vertikalen Gliederung der Produktion wurde dafür gesorgt, daß wichtige Produktionsprozesse (Exportprogramm und unelastischer Inlandsbedarf) vom Urprodukt bis zur Fertigware ohne Störungen aufrechterhalten werden können. Die stärkere Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie, die bei Energiebezugsbeschränkungen der letzten Jahre meist in niedrigere Dringlichkeitsstufen eingereiht worden war, ging von dem Gedanken aus, daß eine Einschränkung des allgemeinen Produktionsniveaus eher zu Lasten der Investitionen als auf Kosten des Konsums gehen soll, da ein Engpaß in der Konsumgüterversorgung im nächsten Frühjahr Preisaufrichtstendenzen auf dem Konsumgütermarkt auslösen könnte.

Gelingt es, die Industrie während des Winters auf der Schaltstufe III mit Energie zu versorgen — ein Ziel, das bei normaler Witterung durchaus erreichbar erscheint —, dann wird trotz sonstiger Stromeinschränkungen das allgemeine Produktionsniveau kaum entscheidend beeinflusst werden. Mit Ausnahme der Aluminiumversorgung in Ranshofen,

die bereits vor einiger Zeit eingestellt wurde, weiters der Eisenerzeugung, die 3 Elektrostahlöfen abschalten mußte, und noch einiger kleinerer Einschränkungen in der Baustoff- und Papierindustrie, die zum Teil aus saisonbedingten Gründen ihre Produktion ohnehin zu vermindern pflegen, werden sämtliche Industriezweige ihren Energiebedarf voll decken können.

Bedeutend schärfere Strommaßnahmen sind bereits bei der Energieversorgung nach Schaltstufe II vorgesehen. Der Kohlenbezug der Industrie müßte auf 86% und der Strombezug auf rund 80% der vollen Bedarfsdeckung eingeschränkt werden, wodurch sich zwangsläufig auch stärkere Produktionsausfälle ergeben würden. Nach dem Schaltplan müßte u. a. die Edeltahlerzeugung auf 60%, die Gießereien auf 75%, die Glühlampen- und Radioerzeugung auf etwa 67%, die Webereien auf etwa 50 bis 67% eingeschränkt werden. Immerhin würden sich auch bei Schaltstufe II die Produktionsausfälle noch in einem Rahmen halten, der bei Besserung der Energielage verhältnismäßig rasch wieder eine Erholung der industriellen Produktion gestatten würde.

Anders bei Schaltstufe I. Sollte infolge eines ungewöhnlich strengen Winters oder sonstiger unvorhergesehener Zwischenfälle die Energieversorgung längere Zeit auf Schaltstufe I gedrosselt werden müssen, so wird die gesamte industrielle Produktion einen schweren Rückschlag erleiden, von dem sie sich auch nach Besserung der Energieerzeugung infolge Mangels an Zwischenprodukten nur langsam wieder erholen könnte.

Reaktionen auf dem Arbeitsmarkt

Auch bei ausreichender Energieversorgung muß mit einem leichten saisonbedingten Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den Monaten Jänner und Februar gerechnet werden. Im vorigen Winter nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jänner absolut nur um 9.200 Personen zu (die relative Zunahme war mit 25% allerdings bedeutend) und ging bereits im Februar wieder zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die Währungsreform zusätzliche bisher nicht beschäftigte Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zuströmten. Daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit dennoch sehr gering war, ist vor allem auf den milden Winter, der nicht nur eine ausreichende Energieversorgung, sondern auch weitgehend die Aufrechterhaltung der Bautätigkeit ermöglichte, zurückzuführen. Demgegenüber nahm die Arbeitslosigkeit im strengen Winter 1946/47 trotz des damaligen Geldüberhangs und des Bestrebens der Betriebe, ihren Arbeiterstock auch bei Unterbeschäft-

tigung zu erhalten, absolut stärker zu und ging erst im April wieder zurück.

*Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Winter
1946/47 und 1947/48*

Monat	1946/47	1947/48
	Vorgemerkte Stellensuchende in 1000 Personen	
XII.	61·2	40·4
I.	68·2	50·1
II.	73·6	48·4
III.	73·3	46·7
IV.	67·4	45·9

Auch im kommenden Winter dürfte, der allgemeinen Wirtschaftslage entsprechend, nur eine geringfügige saisonbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten sein, sofern sich die Strom einschränkungen in engen Grenzen halten (Schaltstufe III). Auf Schaltstufe II oder gar I jedoch ist eine weit stärkere Zunahme der Arbeitslosigkeit als in den beiden letzten Wintern zu erwarten. Abgesehen von der längeren Unterbrechung der Bauarbeiten bei strengem Winter werden vor allem die Betriebe nicht mehr wie im Winter 1946/47 bereit sein, ihren Arbeiterstock auch bei eingeschränkter oder stillgelegter Produktion zu behalten. Die angespannte Finanzlage wird sie vielmehr zu Arbeiterentlassungen zwingen, da der Staat nur 60 bis 80% des Lohnes in Form der Ausfallvergütungen bezahlt. Die Unternehmer werden sich in diesem Winter verhältnismäßig leichter zur Entlassung von Arbeitern entschließen, da, abgesehen von einigen Facharbeiterberufen, kein Mangel an Arbeitskräften mehr besteht. Sie können sich daher bei Anlaufen der Produktion rasch wieder die benötigten Arbeitskräfte beschaffen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß mit der Normalisierung der Versorgungslage die saisonbedingten Schwankungen der Geschäftstätigkeit (starker Umsatzrückgang nach dem Höhepunkt im Dezember) wieder stärker hervortreten, was sich ebenfalls auf die Arbeitslage, insbesondere im Bekleidungs-gewerbe, im Handel und im Gastgewerbe auswirkt.

Saisonbedingte Anspannung auf dem Konsumgütermarkt

Für die Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Konsumgütern¹⁾ im kommenden Winter

¹⁾ Die Lebensmittelversorgung kann hier außer Betracht bleiben, da sie durch die Marshall-Plan-Lieferungen sowie den befriedigenden Stand der heimischen Ablieferung für die Wintermonate im bisherigen Umfang gesichert erscheint. Vorübergehende Engpässe könnten höchstens bei einigen Lebensmitteln (Fett, Fleisch) entstehen und müßten gegebenenfalls durch Ausgabe von Ersatznahrungsmitteln überbrückt werden.

ist vor allem die inländische Konsumgüterproduktion der letzten Monate maßgebend. Die kommerzielle Einfuhr von Konsumfertigwaren fällt kaum ins Gewicht, und auch die Vorräte an brauchbaren „Überschußgütern“ gehen bereits zur Neige. Sollte die Konsumgüterproduktion während der Wintermonate durch eine ausreichende Energieversorgung und durch das Eintreffen von Rohstoffen im Rahmen des Marshall-Planes begünstigt werden, so wird sich dies infolge des zeitlichen Abstandes zwischen Produktion und Verbrauch bei den meisten Gütern erst im Frühjahr auf die Versorgungslage günstig auswirken.

Die Konsumgüterproduktion hat sich seit Jahresbeginn laufend erhöht und lag im September im Durchschnitt um etwa 30% höher als im Jänner d. J. Die Produktionsbelegung war allerdings sehr uneinheitlich. Gerade die Erzeugung wichtiger Konsumgüter, wie vor allem die von Textilien und Schuhen, blieb im Laufe des Jahres weitgehend unverändert. In den kommenden Monaten werden daher wohl verschiedene Konsumgüter etwas reichlicher angeboten werden, gerade die wichtigsten Erzeugnisse (Textilien, Schuhe) werden aber noch ziemlich knapp sein. (Die im Rahmen des ERP-Programmes vorgesehenen namhaften Rohstoffeinfuhren werden sich erst im späteren Frühjahr auswirken und eine fühlbare Entspannung auf dem Textil- und Schuhmarkt bringen.)

Der Angebotsentwicklung auf dem Konsumgütermarkt steht seit Mitte des Jahres eine zunächst langsam, seit Beginn des Herbstes aber stärker *steigende Nachfrage* gegenüber, die sich in zunehmenden Umsatzziffern niederschlägt, und bei einigen Waren das Angebot zu überschreiten droht. Die Folge davon sind Verknappungserscheinungen auf einigen Märkten, die sich bis Weihnachten vermutlich noch verstärken werden. Die Bedeutung dieser Nachfragebelegung darf indessen nicht überschätzt werden. Wohl haben in den vergangenen Wochen die „schwarzen“ und freien Preise etwas angezogen. (Die spekulativ vorgeprellten Preisspitzen sind allerdings bereits wieder abgebrockelt, so zum Beispiel ist der vorübergehend mit 58 S gewertete „schwarze“ Dollarkurs bereits wieder auf 49 S zurückgegangen.) Dagegen ist auf den preisgebundenen Märkten bisher *keine allgemeine* Erhöhung zu beobachten. Es sprechen auch viele Gründe dafür, daß die relativ stärkere Belegung der Nachfrage in den letzten Wochen nur eine vorübergehende Erscheinung ist. Vielfach dürften Weihnachtskäufe infolge der Währungsgerüchte und anderer beunruhigender Ausstreuungen vorverlegt worden sein. Da

nach verschiedenen Beobachtungen die gegenwärtige und voraussichtlich noch bis Weihnachten anhaltende Nachfragebelebung offenbar über die kürzliche Erhöhung der Einkommen hinausgeht und teilweise aus Barreserven bzw. aus Sparguthaben finanziert wird, ist damit zu rechnen, daß die über das saisonale Ausmaß hinausgehende Umsatztätigkeit in absehbarer Zeit wieder abflauen wird. (Diese Erwartung kann allerdings nur unter der Bedingung gehegt werden, daß von der Lohn- und Gehaltsseite her kein neuer Auftrieb durch umfangreiche Lohnnachziehungen und Gehaltserhöhungen erfolgt.)

Zusammenfassung und Ausblick

Unter der Voraussetzung, daß nicht allzu rigorose Einschränkungen in der Energieversorgung notwendig werden — längere Zeit hindurch Schaltstufe I — und sich Produzenten, Händler und Konsumenten verantwortungsbewußt der erforderlichen wirtschaftlichen Disziplin unterwerfen, besteht begründete Aussicht, daß die kommenden Wintermonate ohne wesentliche Störungen überbrückt werden können. Bei Schaltstufe III, die bei einigermaßen normalem Wetter gehalten werden kann, wird die gewerbliche *Produktion* auf verhältnismäßig hohen Touren weiterlaufen können und damit die materiellen Voraussetzungen für den weiteren Fortschritt der Wirtschaft im Jahre 1949 sichern. Auf der *Preisseite* ist mit einem Abflauen der gegenwärtig leichten Auftriebstendenzen zu rechnen, da die durch haltlose Gerüchte verstärkte und frühzeitig veranlaßten Weihnachtseinkäufe die Ersparnisse und die laufenden Einkommen der breiten Käuferschichten weit-

gehend erschöpft haben dürften. Wohl ist in den Monaten Jänner und Februar mit einer gegenüber den ersten Nachkriegsjahren verhältnismäßig größeren *Arbeitslosigkeit* zu rechnen, die aber nur saisonbedingten Charakter haben wird. In den Wintermonaten wird sich allerdings — unbeschadet eines größeren Angebotes einzelner Konsumgüter — ein fühlbarer Mangel an Textilien und Schuhen bemerkbar machen, da die im Rahmen der ERP-Programms erwartende Rohstoffeinfuhren für diese wichtigen Konsumgüter in ausreichenden Mengen und Qualitäten voraussichtlich erst in den Monaten April und Mai zu Fertigwaren verarbeitet auf den Markt gelangen werden.

Während also *kurzfristig* eine relativ günstige Entwicklung vorausgesagt werden kann, müssen auf *längere Sicht* vor allem die von der Währungsseite ausgehenden Gefahrenmomente vor Augen gehalten werden. Die ständige Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens, die Unausgeglichenheit des Staatshaushaltes und das Mißverhältnis zwischen Investitions- und Konsumgüterproduktion werden zwar kurzfristig die Wirtschaftslage kaum entscheidend beeinflussen. Auf längere Sicht sind sie jedoch eine ernste Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität und damit auch für den wirtschaftlichen Fortschritt. Jedenfalls ist es dringend geboten, bereits in den kommenden Wintermonaten durch geeignete Maßnahmen, wie vor allem durch eine vorsichtige Kreditpolitik, durch eine wohlbedachte Verwendung des Hilfsfonds und durch eine tunlichst sparsame Gebarung der öffentlichen Körperschaften rechtzeitig ungünstigen Entwicklungen vorzubeugen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 429—430.

Die Zunahme des *Notenumlaufes* hielt sich im Oktober mit rund 167 Mill. S im Rahmen der Umlaufausweitung der letzten Monate. Der durch das Preis-Lohn-Abkommen ausgelöste verstärkte Bargeldbedarf konnte demnach bisher aus dem bestehenden Geldvolumen befriedigt werden. Das Steigen des Notenumlaufes ist hauptsächlich auf die Beanspruchung des Notenbankkredites durch die Kreditinstitute zurückzuführen, die 159 Mill. S Bundesschatzscheine und 14 Mill. S Handelswechsel zum Rediskont vorlegten. Außerdem wurden rund 70 Mill. S von den freien Girokonten der Kreditinstitute bei der Nationalbank abgehoben.

Die zeitlich gesperrten Konten öffentlicher

Stellen nahmen per Saldo um rund 57 Mill. S zu, da die Erlöse aus Hilfslieferungen diesmal größer waren als die Abhebung frei gegebener Beträge. Die im November erfolgte Freigabe von 330 Mill. S aus dem Hilfsfonds zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes läßt im November wieder einen Rückgang der Sperrkonten erwarten.

Die neuerliche Rediskontierung von 159 Mill. S Bundesschatzscheinen — die Nationalbank hat damit bisher insgesamt rund 600 Mill. S Schatzscheine übernommen — bestätigt die bereits im letzten Bericht (siehe S. 361 ff.) erwähnte angespannte Lage auf dem Geldmarkt, die durch die abnehmende Liquidität der Kreditinstitute ausgelöst wurde. Die bisher rediskontierten Schatzwechsel wurden den Kreditinstituten vom Finanzministerium auf Grund

des § 27 des Währungsschutzgesetzes zur Stützung ihrer Liquidität unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Da im Gesetz die Ausgabe dieser Schatzscheine auf 25% der damaligen gesperrten Nationalbank-Girokonten beschränkt wurde, was etwa einem Gesamtbetrag von 800 Mill. S entspricht, können höchstens noch 200 Mill. S Schatzscheine zum Rediskont eingereicht werden. Die Kreditinstitute besitzen jedoch außerdem Schatzscheine, die zur Deckung der Besatzungskosten, des Budgetdefizits und zur Kassenstärkung begeben wurden und ebenfalls rediskontfähig sind. Im Bundesvoranschlag 1949 wird für das kommende Jahr mit einer kurzfristigen Staatsschuld von durchschnittlich 2,2 Mrd. S gerechnet. Zieht man davon 800 Mill. S Schatzscheine nach § 27 Währungsschutzgesetz ab, verbleiben 1,4 Mrd. S gegen Entgelt begebene Schatzscheine, die im kommenden Jahr zusätzlich zum Rediskont eingereicht werden können. Die Kreditinstitute werden daher noch eine beträchtliche Kreditausweitung mit Hilfe des Rediskonts von niedrig verzinslichen Schatzscheinen finanzieren können, ehe sie auf den Rediskont von Handelswechseln zurückgreifen müssen, die einen höheren Ertrag abwerfen.

Die *Gesamteinlagen* bei den Kreditinstituten nahmen im September um 59 Mill. S zu, wobei der Erhöhung der Scheckeinlagen um rund 73 Mill. S eine Abnahme der Sparkonten um 15 Mill. S gegenübersteht. Da außerdem am 10. September die zweite Hälfte der gesperrten Konten privater Einleger freigegeben wurde, haben sich die frei verfügbaren Einlagen um rund 600 Mill. S erhöht. Die Zunahme wäre etwas größer gewesen, wenn nicht ein Teil der freigegebenen Konten bereits durch Vorschüsse belastet gewesen wäre, die mit den freigegebenen Konten kompensiert wurden.

Auf dem Aktienmarkt herrschte im Oktober — zum Teil wegen der Gerüchte über Währungsmaßnahmen — eine steigende Tendenz, die erst am Monatsende zum Stillstand kam. In der ersten November-Hälfte blieben die Kurse, von geringen Schwankungen abgesehen, stabil. Der Index von 23 Industrieaktien stieg von Mitte Oktober bis Mitte November um 13% (von 315,9 auf 358,0; März 1938 = 100).

Die Wiedereinführung des offiziellen Börsenverkehrs an Stelle der bisherigen „vertraulichen Aussprachen“ wird sich zunächst auf dem Kapitalmarkt kaum entscheidend auswirken. Sie schafft jedoch die juristischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine spätere Ausweitung und Belebung des Kapitalmarktes, die auf längere Sicht

mit der fortschreitenden Konsolidierung der Wirtschaft erwartet werden darf.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 431—433

Die *Nettotariflöhne* erhöhten sich im November infolge der Ermäßigung des Sozialversicherungsbeitrages um 0,5% (von 374,0 auf 375,7, April 1945 = 100). Die vereinbarte Lohnerhöhung für Lebensmittelarbeiter konnte mangels Erledigung durch die Zentrallohnkommission noch nicht berücksichtigt werden. Sie wird sich voraussichtlich noch im November in einer weiteren Erhöhung des Lohnindex auswirken.

Die im Vormonat erstmalig geringfügig zurückgegangenen *Arbeiternettoverdienste* sind im September wieder etwas gestiegen; der Verdienstindex erhöhte sich um 2,5% (von 273,2 auf 280,0, August 1938 = 100).

Die *freien und Schwarzen Märkte* standen im Oktober infolge der Gerüchte über bevorstehende Währungsmaßnahmen im Zeichen fühlbarer Preissteigerungen insbesondere bei jenen Waren, deren Preise von der Bewegung der „schwarzen“ Devisenkurse abhängen. Der „schwarze“ Dollarkurs, der in der zweiten Hälfte Oktober vorübergehend 58 S erreicht hatte, sank im Berichtsmonat wieder auf 48 bis 49 S. Ende Oktober waren die „schwarzen“ Devisenkurse durchschnittlich um 7,7% höher als zu Monatsbeginn (700 gegenüber 650 Ende September; März 1938 = 100).

Die *freien Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum entwickelten sich uneinheitlich. Die Preise für Gold, Diamanten, Perserteppiche und Pelze stiegen — teils aus spekulativen Gründen, teils saisonbedingt — weiter, während die Briefmarkenpreise scharf (um 25%) zurückgingen. Der Silberpreis blieb bis 12. November unverändert, zog jedoch seither ebenfalls an.

Bemerkenswert ist, daß von Mitte Oktober bis Mitte November auch die „schwarzen“ Preise für Lebensmittel erstmalig seit dem Währungsschutzgesetz um rund 10% gestiegen sind (von 10,5 auf 11,5, März 1938 = 1). Die Überhöhung der „schwarzen“ Preise gegenüber den offiziellen Preisen, die vom 4,8fachen im September auf das 3,5fache im Oktober gesunken war, vergrößerte sich im November auf das 3,7fache.

Die *offiziellen Preise* sind im Oktober und in der ersten Novemberhälfte, abgesehen von der im zweiten Preis-Lohn-Abkommen vorgesehenen Erhöhung der Verbraucherpreise für Fleisch, Fett, Milch und Milchprodukte, im allgemeinen unver-

ändert geblieben. Es hat also den Anschein, daß die im neuen Abkommen vereinbarten Lohnerhöhungen weitgehend aus den Gewinnen getragen werden konnten. Möglicherweise jedoch werden die durch Währungsgerichte vereinzelt ausgelösten Warenhortungstendenzen sowie die verstärkte Konsumentennachfrage zu Weihnachten *vorübergehend* zu gewissen Preiserhöhungen führen.

Der Index der *Lebenshaltungskosten* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema stieg in der Berichtsperiode von 422·6¹⁾ auf 430·4 (April 1945 = 100) oder um 1·8%. Die Erhöhung ist vor allem auf den neu festgesetzten Schweinefleischpreis²⁾ sowie auf die saisonbedingt erhöhten Obst- und Gemüsepreise zurückzuführen. Auch die von der Bewegung der „schwarzen“ Devisenkurse abhängigen Preise für Tee und Kakao sind gestiegen.

Der Abstand zwischen dem Index der Lebenshaltungskosten (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema) und dem Index der Netto-Tariflöhne hat sich im November auf 14·6% vergrößert. (Vor dem Preis-Lohn-Abkommen betrug die Differenz 15·8%.)

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 424—435

Der mit Beginn der Getreideablieferungen und dem saisonbedingten erhöhten Frischfleischanteil im Herbst erreichte Stand der *Eigenversorgung* konnte auch in der 47. Zuteilungsperiode gehalten werden. Laut Ernährungsplan sollten 41% des Bedarfes von rund 355 Mrd. Kalorien aus der Produktion der heimischen Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie beigestellt werden. Die tatsächliche Eigenversorgung dürfte etwas niedriger gewesen sein, da das im Versorgungsplan vorgesehene Kontingent von 6.814 t *Frischfleisch* nicht voll oder zumindest nicht rechtzeitig aufgebracht wurde und die Fleischration insbesondere in Wien durch ausländische Fischzuteilungen gedeckt werden mußte.

Die Ablieferungen waren im Oktober durch die von der Witterung begünstigten Herbstarbeiten in der Landwirtschaft aufgehoben und daher geringer, als erwartet wurde. Sie sind jedoch bei *Brotgetreide* noch immer bedeutend besser als im Vorjahr. Bis

¹⁾ Der Index wurde durch Einbeziehung einer unberücksichtigt gebliebenen Kokspreiserhöhung (Bedarfsgruppe Beheizung und Beleuchtung) in die Berechnung rückwirkend ab Mai 1948 korrigiert. Da bisher Koks für Hausbrandzwecke nicht in nennenswertem Ausmaß zugeteilt wurde, ist die Änderung für die Entwicklung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten ohne Belang.

²⁾ Siehe Nr. 10 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jahrgang (Oktober 1948), S. 369, Anm. ¹⁾ und S. 391, Anm. ⁴⁾.

Ende Oktober wurden einschließlich der Ablieferungen auf das Überkontingent rund 102.000 t aufgebracht gegenüber rund 82.000 t zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das Kontingent wurde bisher zu rund 43%, im Vorjahr dagegen nur zu 34% erfüllt. Diese relativ günstigen Ergebnisse sind vor allem auf eine bessere Ablieferung in den Hauptproduktionsgebieten Burgenland und Niederösterreich zurückzuführen. Die Wiener Randgebiete haben selbst ohne Einbeziehung der Überkontingentlieferungen ihre Vorschriften zum Teil sogar überschritten. Aber auch die Steiermark weist bedeutend bessere Erfolge als im Vorjahr aus. Die Überkontingentlieferungen wurden bisher durch Ungewißheit über die Ablieferungsbedingungen verzögert. Da ab 7. November der Staat sämtliche bisher und künftig erfaßten Brotgetreide-Überkontingente aufkauft, wird eine verstärkte Ablieferung von Überkontingenten erwartet.

Die *Gersteablieferungen* sind insgesamt um nahezu 4.000 t größer als im Vorjahr. Auf das Kontingent wurden bis Ende Oktober 1.600 t weniger aufgebracht, während andererseits bereits 5.400 t als Überkontingente abgeliefert wurden. Es zeigt sich offenbar, daß bei der Kontingentumlegung die starken regionalen Unterschiede der Ernten des letzten Jahres nicht entsprechend berücksichtigt wurden, und ein Teil der Produzenten die vorgeschriebenen Kontingente nicht erfüllen kann, während andere über größere Überkontingente verfügen.

Unbefriedigend sind die Ablieferungen von *Hafer*. Die gute Haferernte dieses Jahres sowie die Herabsetzung des Kontingents von rund 35.000 t im vorigen Jahr auf 20.000 t im heurigen Wirtschaftsjahr ließ eine rasche und leichte Erfüllung des Kontingents erwarten. Tatsächlich aber wurden bis Ende Oktober nur knapp 4.000 t gegenüber 6.300 t im Vorjahr abgeliefert. Die geringe Ablieferung wird auf die Freigabe des Hafers zurückgeführt. Bei Hafer wurde bekanntlich kein Überkontingent festgesetzt, sondern jeder Produzent darf Hafer frei verkaufen, sofern er sein Ablieferungskontingent erfüllt. Diese Regelung hat dazu geführt, daß bereits große Mengen im freien Handel abgesetzt werden, ohne daß die Kontingente erfüllt wurden.

Infolge des verspäteten Beginns der Maistrocknung sind die *Maisablieferungen* gegenüber dem Vorjahr im Rückstand. Während im Vorjahr bis Ende Oktober rund 6.000 t abgeliefert wurden, waren es in diesem Jahr nur rund 3.000 t. Nach dem Anlaufen der Maisablieferungen dürfte bereits in der laufenden Versorgungsperiode Maisgrieß zur

Deckung eines Teils des N ahrungsmittelbedarfes bereitgestellt werden können.

Da sich die Nachfrage der Konsumenten nach Lagerkartoffeln verstärkt hat, konnte die *Kartoffel*-ablieferung im Oktober etwas erhöht werden. Gegenüber nicht ganz 80.000 t Speisekartoffeln im September wurden im Oktober rund 110.000 t abgeliefert. Einschließlich der 20.000 t Industriekartoffeln wurden aus der heurigen Ernte bisher insgesamt 277.000 t zur Verfügung gestellt, d. i. mehr als die Hälfte des Kontingents, während im Vorjahr zum gleichen Zeitpunkt nur 46% des allerdings um 80.000 t höheren Kontingents erfaßt waren.

Die Aufbringung von *Milch* und Milchprodukten ist weiter gestiegen und war mit rund 49.000 t Milch im September die höchste seit Kriegsende. Die günstige Futterlage sowie der kostendeckende Milchpreis hat die tägliche Milchablieferung pro Kuh im September um nahezu 40% oder um 0,45 kg über die im gleichen Monat des Vorjahres und um 7% über jene im Vormonat erhöht. Die gesteigerte Milchversorgung hat die Bundeshandelskammer veranlaßt, die Aufhebung der Bewirtschaftung von Magermilch zu beantragen. Der Antrag wurde jedoch vom Ern hrungsministerium abgelehnt.

Die *Vieh*ablieferungen nach Wien haben sich in letzter Zeit etwas gebessert, vor allem wurden auch Schweine aufgebracht. Die Fleischrationen können jedoch noch immer nicht voll in Frischfleisch erfüllt werden.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 435

Die Bedingungen für den Herbstanbau und das Wachstum der Saaten waren heuer ungewöhnlich günstig. Die Saaten haben sich daher gut entwickelt. Die Ortskontrollaussch sse verpflichteten vielfach die einzelnen Produzenten, jene Flächen mit Brotgetreide zu bebauen, die gemäß den Richtlinien des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft den vorkriegsm igen Anbauverhältnissen entsprechen. Dadurch wird nicht nur die Einhaltung der Anbau Richtlinien, sondern auch eine zutreffendere Anbaustatistik gewährleistet.

Dank guter Witterungsbedingungen ist die Einbringung der Rübenernte so gut wie beendet. Auch die sonstigen Herbstarbeiten auf dem Feld (D ngerausfuhr und Herbstackerung) konnten zum überwiegenden Teil abgeschlossen werden.

Die Entwicklung des Holzeinschlages

Die Holzproduktion hat sich nach Kriegsende relativ rasch erholt. Trotz vieler Schwierigkeiten in-

folge  berschl gerungen in bringungsnahen Lagen, trotz Mangel an Arbeitskräften, geringer Arbeitsproduktivität (unzureichender Ernährung der Holzarbeiter), Fehlen von Transportmitteln und mangelhafter Betriebsausr stung wurden im Jahre 1946/47 5,3 Mill. fm und im Jahre 1947/48 einschließlich

Entwicklung des Holzeinschlages¹⁾

Forstwirtschaftsjahr	Nutzholz in Festmeter	Brennholz ohne Rinde	Nutz- und Brennholz mit Rinde	Gerbrinde q
1935 ²⁾ 3)	4.963.681	3.840.679	8.804.360	184.717
1946 ²⁾	3.945.715	1.950.410	5.896.125	160.242
1947	4.109.250 ⁴⁾	1.968.254	6.077.504	176.855
1948, I. Quart. ⁵⁾	1.121.710	241.631 ⁶⁾	1.363.341	42.033

¹⁾ Ohne Eigenbedarf der Waldbesitzer. — ²⁾ In Festmeter mit Rinde. — ³⁾ „Holznutzungen“ laut Forststatistik 1935. — ⁴⁾ Einschließlich Pa-Ko-Nutzholz (500.000 fm Schleif- und Zelluloseholz). — ⁵⁾ Ohne Wien und ohne Waldbesitz unter 50 ha. — ⁶⁾ Einschließlich Nutzholzumlage B (Brennstoffreserve für äußersten Notfall).

der Pa-Ko-Aktion 6,1 Mill. fm Nutz- und Brennholz für den Markt geschl gert, das sind 67% bzw. 77% der Vorkriegsmarktleistung¹⁾ von rund 7,9 Mill. fm. Von der Gesamtproduktion mußte infolge des akuten Kohlenmangels ein relativ großer Teil, darunter vielfach auch wertvolles Nutzholz, für Heizzwecke verwendet werden. Trotzdem war der Nutzholzanfall mit 3,6 Mill. fm bzw. 4,1 Mill. fm relativ größer als vor dem Krieg.

Die relativ günstige Holzproduktion sowie die durch das Währungsschutzgesetz ausgelöste Konsolidierung der Wirtschaft (Erhöhung des Angebots nach Aufgabe der spekulativen Zurückhaltung der Waldbesitzer bei gleichzeitiger Verminderung der Nachfrage), gestattete für das Forstwirtschaftsjahr 1948/49 (1. April 1948 bis 31. März 1949) bereits eine weitgehende Lockerung der Bewirtschaftung. Laubnutzholz (ausgenommen Rotbuchenholz) und über das Kontingent hinausgehende Rohholzschl gerungen wurden freigegeben. Außerdem wurde die Holzumlage mit 5,3 Mill. fm um 1,7 Mill. fm (24%) niedriger festgesetzt als die allerdings nur zu 87% erfüllte Holzumlage für das Jahr 1947/48. Davon entfallen 4,3 Mill. fm auf Nutzholz und 1 Mill. fm auf Brennholz. Von der Nutzholzumlage sind 0,8 Mill. fm als Brennstoffreserve für äußerste Notfälle vorgesehen (Nutzholzumlage B). Trotz der niedrigen Vorschreibung wird die Einschlagsmenge bereits durch die Erfüllung der Umlage, zusammen mit dem auf 2,7 Mill. fm gesch tzten Eigenbedarf der Produzenten, den derzeitigen jährlichen Holzzuwachs

¹⁾ „Holznutzungen“ der Forststatistik 1935. Sämtliche Angaben beziehen sich auf Holz ohne Rinde.

zumindest erreichen, wenn nicht überschreiten¹⁾. Mehrschlägerungen über die Umlage hinaus würden also bereits auf Kosten der Substanz des Waldes gehen.

Die Bewirtschaftung wurde weiters insofern gelockert, als grundsätzlich nur noch Globalkontingente vorgeschrieben wurden und es dem einzelnen Waldbesitzer überlassen bleibt, welche Sortimente bzw. Holzklassen er abliefern. Dadurch kann der Einschlag weitgehend nach den regionalen und von Betrieb zu Betrieb verschiedenen forstwirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Bei bestimmten Holzsortimenten (Schwellen, Telegraphenstangen, Masten, Grubenholz, Rotbuchen-, Schleif- und Zelluloseholz, Generatorholz sowie Brennholz) wurden allerdings aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen noch die abzuliefernden Mengen im einzelnen vorgeschrieben. Der Schnittholzanteil ist dagegen bereits zu 60 bis 70% dem bezugscheinfreien, allerdings preisgebundenen Marktverkehr überlassen. Nur die Exportquote sowie der Bedarf der Bundesbahnen und der Alliierten ist noch bewirtschaftet.

Eine weitere Lockerung der Holzbewirtschaftung ist vorgesehen. Sie dürfte sich besonders für den Kleinwaldbesitz vorteilhaft auswirken, der in der Regel den Markt nur fallweise beliefert, wenn er bei Besitzübertragungen, Investitionen und Schuldenabstattungen größere Barmittel benötigt (Kapitalreserve²⁾).

Über den tatsächlichen Einschlag im laufenden Forstwirtschaftsjahr liegen bereits für das I. Quartal Ergebnisse vor. Insgesamt wurden ohne das nicht mehr bewirtschaftete Laubnutzholz 1.36 Mill. *fm*, das ist etwa die gleiche Menge wie im I. Quartal 1947/48 eingeschlagen³⁾. Von der Gesamtmenge entfielen dieses Jahr ein größerer Teil auf Nutzholz (1.12 Mill. *fm* gegenüber 0.94 Mill. *fm* im Vor-

jahr), während die Brennholzproduktion einschließlich der Nutzholzumlage B mit 0.24 Mill. *fm* kleiner war als im Vorjahr (0.38 Mill. *fm*).

Einschlag im Verhältnis zur Jahresumlage nach Nutzholzarten und Bundesländern im I. Quartal des Forstwirtschaftsjahres 1948⁴⁾

Bundesland	I. Quartal 1948 (I. IV.—30. VI.)						Nutzholz insgesamt
	Schwellen	Telegraphenstangen u. Masten	Grubenholz	Rotbuchen-schleifholz	Generatorholz	Übriges Nutzholz	
Einschlag in % der Jahresumlage							
Niederösterreich	11.6	12.6	17.2	21.6	10.1	40.6	34.1
Oberösterreich	10.7	27.4	21.8	45.0	2.7	43.9	38.3
Salzburg	13.1	10.7	17.5	9.3	—	21.3	19.9
Steiermark	17.4	17.0	31.9	115.7	7.7	42.4	39.0
Kärnten	11.4	12.2	33.0	28.9	6.5	25.2	24.3
Tirol	15.1	18.4	15.2	—	7.3	27.9	26.7
Vorarlberg	2.9	7.0	2.3	—	10.2	20.3	18.6
Burgenland	22.2	—	86.6	—	—	37.2	36.8
Osterreich							
insgesamt	13.1	16.2	26.3	32.4	5.8	35.6	32.5

¹⁾ Auf Grund der Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Ohne Wien und ohne Waldbesitz unter 50 *ha*.

Dank der gesamtwirtschaftlich erfreulichen Verschiebung des Holzeinschlages zugunsten von Nutzholz wurde die Nutzholzumlage bereits im I. Quartal zu 32.5% erfüllt. Innerhalb des Nutzholzeinschlages blieb allerdings die Produktion von Schwellen, bzw. Telegraphenstangen und Masten mit 13.1%, bzw. 16.2% der Gesamtumlage sowie die von Generatorholz (5.8%) hinter dem aliquoten Teil der Jahresumlage zurück. Während die Minderproduktion an Generatorholz infolge der gebesserten Treibstofflage keine entscheidende Rolle spielt, fällt der Mangel der von Bahn und Post dringend benötigten Masten, Stangen und Schwellen sehr ins Gewicht. Relativ günstig war dagegen der Anfall an Schleif- und Zelluloseholz (32.4%) und an übrigen Nutzholz (35.6%), wodurch, ausreichende Transportmittel vorausgesetzt, eine befriedigende Rohholzbelieferung der Holzverarbeitenden Industrie gewährleistet ist⁴⁾.

Zur Problematik der Agrarstatistik

Das Institut hat in seinem letzten Monatsbericht (Heft 10, Oktober 1948) unter dem Titel „Unrichtige Agrarstatistik erschwert Lenkung der Ernährungswirtschaft“ auf den problematischen Erkenntniswert der gegenwärtigen Agrarstatistik in

⁴⁾ Die Transportlage war bisher zufriedenstellend, so daß die Rohholzvorräte in den Waldlagern trotz höherer Schlägerungen um rund 20% zurückgegangen sind.

¹⁾ In der Forststatistik des Jahres 1935 wurde der jährliche Holzzuwachs auf 8.3 Mill. *fm* (ohne Rinde) geschätzt. Heute beträgt er nach amtlichen Schätzungen infolge langjähriger Überschlägerungen, die bereits vor dem Krieg einsetzten, aber erst während des Krieges ein größeres Ausmaß erreichten, nur noch etwa 7 Mill. *fm*.

²⁾ Dies ist auch die Ursache, daß die Marktleistung in erster Linie vom Großwaldbesitz bestritten wird, obwohl der Kleinwaldbesitz unter 100 *ha* einen relativ hohen Anteil an der Gesamtwaldfläche hat (1.38 Mill. *ha* von 3.14 Mill. *ha* laut Forststatistik 1935).

³⁾ Der tatsächliche Einschlag dürfte jedoch etwas höher gewesen sein, da Wien und der Waldbesitz unter 50 *ha* statistisch nicht erfaßt wurde. Erfahrungsgemäß meldet außerdem ein Teil der Produzenten nicht den vollen Einschlag, um Holz auch im Tauschwege (ohne Einkaufschein) verwerten zu können.

Österreich (und in der übrigen Welt) hingewiesen und an Hand offizieller Angaben über Anbauflächen, Hektarerträge, Eigenbedarf der Landwirtschaft (einschließlich Saatgut, Schwund usw.) sowie über die abgelieferte Erntemenge ausgeführt, daß die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1947/48 um 142.000 t Brotgetreide mehr abgeliefert habe als auf Grund ihrer eigenen statistischen Angaben praktisch möglich gewesen wäre.

Eine Entgegnung¹⁾ hat nun die Untersuchungsergebnisse des Instituts zwar grundsätzlich als zutreffend bestätigt, jedoch an Hand von Einzelberechnungen nachzuweisen versucht, daß das statistisch nicht erklärbare Manko zwischen Ernteüberschuß und tatsächlicher Ablieferungsmenge nicht, wie das Institut berechnete, 142.000 t, sondern nur 57.000 t betrage. Der Hauptirrtum, der dem Institut unterlaufen sei, läge angeblich darin, daß es die Zahl der Selbstversorger in Brotgetreide mit 1.700.000 angegeben habe, während sie nur mit 1.305.000 anzusetzen sei. Das Institut habe daher den Eigenverbrauch der Landwirtschaft (mit 360.000 t) überschätzt. Unter Zugrundelegung einer Zahl von 1.305.000 Selbstversorgern in Brotgetreide und der offiziellen Selbstverbraucherquoten sei der Eigenverbrauch der Landwirtschaft nur auf 290.000 t zu veranschlagen.

Ein zweiter, allerdings weniger ins Gewicht fallender Fehler in den Berechnungen des Institutes bestehe darin, daß das Institut mit einer abgelieferten Brotgetreidemenge von 168.000 t operiere, während tatsächlich nur rund 158.000 t abgeliefert worden seien.

Im wesentlichen handelt es sich also darum, ob der vom Institut mit 360.000 t angenommene Selbstverbrauch der Landwirtschaft zutreffend ist. Diese für die Berechnung entscheidende Annahme stützt sich auf wiederholte Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, das in den Jahren 1946 und 1947 den Gesamtbedarf der Landwirtschaft mit 360.000 t bzw. 354.125 t schätzte. Die Ziffer von 360.000 t, in der zweifellos die Wertungen auf dem Schwarzen Markt nicht berücksichtigt erscheinen, stellt daher sicher eine untere Grenze des Eigenverbrauches der Landwirtschaft dar. Für die vorliegende Argumentation ist es nur von sekundärer Bedeutung, aus welchen Komponenten (Eigenbedarf für die Ernährung, Saatgut, Schwund usw.) sich diese Gesamtmenge zusammensetzt. Das Institut mag in seinen Berechnungen die Zahl der Selbstversorger für Brotgetreide (1.700.000)

überschätzt haben; aber auch diese Fehlschätzung erfolgte auf Grund von Angaben offizieller Stellen, und zwar unter Zugrundelegung des von der Landwirtschaft selbst angegebenen Eigenbedarfes von 360.000 t und der in der Selbstversorgerverordnung vom 31. August 1946 zugelassenen Mahlquote von 11 kg pro Kartenperiode, bzw. von 143 kg jährlich pro Person. Wenn es sich nunmehr herausstellt, daß die Zahl der Selbstversorger nur 1.305.000 beträgt²⁾, dann bleibt nur die Erklärung, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung bedeutend mehr verbraucht hat, als ihr auf Grund der festgelegten Selbstversorgerquote zugestanden wäre. Diese Interpretation besitzt einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Nicht nur weil der Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit zumindest nicht gesunken ist³⁾, sondern weil die Landwirtschaft auch den Saisonarbeitern vertragsmäßig durchwegs höhere Naturalvergütungen in Getreide gewähren mußte, als diesen als Selbstversorgern zugestanden wäre. Dazu fällt ins Gewicht, daß für den pro Person mit 143 kg Brotgetreide vorgesehenen jährlichen Eigenbedarf der Landwirtschaft die Lohnvermahlung in der Regel nicht zu den festgesetzten Prozentsätzen (vor kurzem noch zu 95 %, jetzt bei Weizen zu 90 %, bei Roggen zu 92 %), sondern teilweise zu einem bedeutend niedrigeren Satze erfolgte und daher auch die wirklich vermahlene Getreidemenge relativ größer gewesen sein dürfte, als die theoretisch berechnete.

Was die Ziffer für die im Wirtschaftsjahr 1947/48 abgelieferte Brotgetreidemenge von 168.000 t betrifft, so stammt diese Angabe vom Getreidewirtschaftsverband, also von einer Quelle, die das Institut als erstrangig informiert betrachten mußte⁴⁾.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die in dem Aufsatz „Unrichtige Agrar-

²⁾ Dem Institute war es trotz wiederholten Bemühungen nicht möglich, die Zahl der Selbstversorger aus erster Quelle (von den zuständigen Bundesministerien) zu erhalten.

³⁾ Nach Hauer (siehe: Gestetner und Hauer, „Die Ursachen der österreichischen Agrarkrise und deren Behebung“, Wien 1931) betrug in der Vorkriegszeit der jährliche Bedarf an Mahlgetreide in der Landwirtschaft pro Person 225 kg (bei einer 70%igen Ausmahlung).

⁴⁾ Auf Grund nachträglich eingeholter Informationen waren in der vom Getreidewirtschaftsverband angegebene Ablieferungsmenge von 168.000 t — offenbar um die Ablieferungsmenge zunächst möglichst hoch erscheinen zu lassen — u. a. 3.000 t eingezogene Saatgutreste und 5.920 t nicht erfüllte Vorschriften für die nicht unter österreichischer Verwaltung stehenden Großbetriebe eingerechnet worden.

¹⁾ Siehe „Wiener Zeitung“ vom 24. November 1948.

statistik erschwert Lenkung der Ernährungswirtschaft“ angestellten Berechnungen und Schlußfolgerungen des Institutes grundsätzlich und größenordnungsmäßig — unbeschadet einiger, im gegebenen Zusammenhang unwesentlicher Korrekturen — unerschüttert bleiben: Die Zugrundelegung der richtigen Zahl der Selbstversorger (1,305.000) ermöglicht nur eine wirklichkeitsnähere Schätzung und Interpretation des tatsächlichen, offenbar über die offizielle Selbstversorgerquote bedeutend hinausgehenden Eigenverbrauchs der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Erntejahr 1947/48.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 436—437.

Die Energieversorgung war im Oktober und November dank der günstigen Witterung noch befriedigend. Die Kohleneinfuhren hielten sich ungefähr im Rahmen der Planmengen. Vereinzelt auftretende Sortenschwierigkeiten konnten unschwer behoben werden. Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke ist zwar bedeutend zurückgegangen und betrug im Oktober nur noch 55% der im August erreichten Höchstgrenze von 432 Mill. kWh. Die Verbrauchsziffer konnte aber durch Steigerung der kalorischen Erzeugung von 8 Mill. kWh (August) auf 80 Mill. kWh (Oktober) und eine beträchtliche Verringerung der Ausfuhr auf gleicher Höhe wie in den Vormonaten gehalten werden.

Dennoch mußte infolge des höheren Strombedarfs in der kalten Jahreszeit die Industriegruppe IV abgeschaltet und Verbrauchseinschränkungen für Kleinabnehmer verfügt werden. Die bisherigen Einschränkungen der Industrie sind relativ gering. (Außer der Stilllegung der Aluminiumerzeugung in Ranshofen und dreier Elektrostahlöfen können fast alle Strombezieher ihren vollen Bedarf decken.) Allerdings hat der Rückgang der Wasserführung der Flüsse bei weitem nicht seinen Tiefpunkt erreicht. Es hängt allein von der Niederschlagsmenge und vom Frostwetter ab, ob die Industrie während des ganzen Winters nach Schaltstufe III mit Energie versorgt werden kann.

Da der geplante Ausbau der Wasserkräfte in den nächsten Jahren nicht so rasch durchgeführt werden kann, daß in absehbarer Zeit die jahreszeitlichen Produktionsschwankungen der Laufwerke durch ausreichende Stromerzeugung aus Speicheranlagen ausgeglichen werden, hat man sich entschlossen, eine große kalorische Zentrale zu bauen, deren Bauzeit allerdings auch zweieinhalb Jahre betragen wird. Die Maschinenleistung dieser Zentrale, die auf der Basis des Braunkohlenvorkommens in

St. Stefan (Kärnten) errichtet werden soll, wird 75.000 kW betragen und eine Stromlieferung von 160—170 Mill. kWh während der Wintermonate ermöglichen.

Damit werden allerdings die Kapazitätsverluste, die die Dampfkraftwerke durch Kriegseinwirkungen und Demontagen erlitten haben, noch bei weitem nicht ausgeglichen, da allein in Wien nach dem Kriege 80.000 kW Maschinenleistung durch Abmontierung verloren gingen, während in Linz durch Bombentreffer noch größere Verluste entstanden sind.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 438—442

Der vorliegende Bericht enthält erstmalig zusätzliche Produktionsdaten aus den wichtigen Industriezweigen, Maschinen-, Elektro-, Fahrzeug-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie chemische Industrie. Außerdem wurde die Berichterstattung über die Schuhindustrie stark erweitert. Sämtliche Reihen beginnen mit dem Jahre 1947. Soweit als möglich werden auch Produktionsdaten aus der Vorkriegszeit angeführt. Wenngleich einzelne Produktionsreihen unzuverlässig sind — vor allem dort, wo qualitätsmäßig stark verschiedene Erzeugnisse mengenmäßig zusammengefaßt werden —, so geht aus ihnen doch zumindest die Entwicklungstendenz einzelner Industriezweige einigermaßen zutreffend hervor.

Die gewerbliche Produktion hielt im September im allgemeinen die Höhe des Vormonats. Der *Produktionsindex* ging von 102,6 auf 101,7 (ϕ 1937 = 100) leicht zurück, hauptsächlich infolge des starken Rückganges der Stromerzeugung. Gesunken ist ferner der Index der Bergbauproduktion (von 97 auf 95) und infolge der Produktionseinschränkung in Ranshofen der Index der Schwerindustrie (von 123 auf 117). Alle übrigen Zweige, so vor allem die Schuhindustrie, die mit 268.000 Paar Lederschuh die höchste Monatsproduktion seit Kriegsende erreichte, meldeten Produktionssteigerungen. Die Produktion der Hüttenindustrie ist auch im Oktober gestiegen, mit Ausnahme von Aluminium, dessen Produktion durch die Einstellung des Betriebes in Ranshofen auf einen Bruchteil des Vormonats gesunken ist.

Die Magnesitindustrie konnte dank günstigen Absatzmöglichkeiten im Ausland ihre Erzeugung von Monat zu Monat steigern. Im Oktober erreichte der Index (gewogener Durchschnitt aller Erzeugnisse der Magnesitindustrie) mit 126,4 (ϕ 1937 = 100) den bisher höchsten Stand seit Kriegsende.

Die Baustoffproduktion war im September mit 151% des Jahres 1937 (Ziffern für Oktober liegen noch nicht vor) ebenfalls die höchste seit Kriegsende. Die Baustoffproduktion wird allerdings in den kommenden Monaten durch das Auslaufen der Saison in der Ziegelindustrie saisonbedingt zurückgehen.

Die chemische Industrie weist gegenüber 1937 eine bedeutend höhere Kapazität auf, obwohl sie durch Kriegsschäden beträchtliche Einbußen erlitten hatte. Das Produktionsvolumen beträgt gegenwärtig im groben Durchschnitt etwa 150% von 1937, wobei aber die Kapazität erst zu 65% ausgenutzt ist, so daß noch ein bedeutender Spielraum für Produktionssteigerungen übrig bleibt.

Die Elektroindustrie, die durch Kriegseinwirkungen und Demontagen am meisten gelitten hat und dadurch auf einen Bruchteil ihrer früheren Kapazität zusammengeschrumpft war, konnte diese Schäden bereits zu einem großen Teil beseitigen und erreicht heute in manchen Zweigen die Friedenskapazität. Größere Schwierigkeiten bereitet noch der Bau von größeren Motoren und Generatoren, doch sind auch hier schon bedeutende Fortschritte erzielt worden. Die Elektroindustrie konnte sogar bereits Aufträge auf Maschinen für Wasserkraftwerke übernehmen.

Die Textilindustrie leidet nach wie vor unter Rohstoffmangel, da die Woll- und Baumwolllieferungen aus dem Marshall-Plan nur langsam eintreffen. Eine gewisse Erleichterung bietet die in den letzten Monaten stark gestiegene Zellwollproduktion. Lenzing arbeitet gegenwärtig mit etwa 60% Kapazitätsausnutzung, wovon allerdings ein Teil für den kompensatorischen Import von Chemikalien verwendet werden muß.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 443

Nach einer vorübergehenden saisonbedingten Unterbrechung im August setzte im September wieder eine stärkere Umsatzbelebung ein, die auch im Oktober anhielt. Die Besserung des Geschäftsganges war im September hauptsächlich auf die Wiener Herbstmesse zurückzuführen, während im Oktober Gerüchte über bevorstehende Währungsmaßnahmen eine verstärkte Kauflust und einen vorzeitigen Beginn des Weihnachtsgeschäftes auslösten. Am stärksten belebten sich die Umsätze in der Gruppe „sonstige Branchen“, die neben dauerhaften Konsumgütern (Möbel, Teppiche, Hausrat) Spielwaren, Parfümerien und andere zum Teil leichter ent-

behrliche Bedarfsgegenstände enthält. Während der Gesamtindex von August bis September um 8% stieg und die Textil- und Bekleidungsumsätze um 13% zunahmen, betrug die Erhöhung bei den „sonstigen Waren“ 22% und im Oktober sogar 47%. Durch die Umsatzbelebung in den letzten Monaten hat die Gruppe „sonstige Branchen“ den Umsatzrückgang nach dem Währungsschutzgesetz — die Umsätze sind stärker zurückgegangen als im sonstigen Einzelhandel — stärker als der gesamte Einzelhandel aufgeholt. Bereits im September waren die „sonstigen Umsätze“ um 59% größer als im Jänner, während die Gesamtumsätze im gleichen Zeitraum nur um 47% zugenommen haben. Die relativ stärkere Umsatzausweitung der „sonstigen Branchen“ würde nach Ausschaltung der Preisveränderungen noch deutlicher hervortreten, da die Preise gerade dieser Waren seit dem Währungsschutzgesetz stärker zurückgegangen sind.

Am geringsten war die Umsatzbelebung in der Nahrungsmittelbranche, deren Umsätze nur um 5% gestiegen sind. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Lebensmittelgeschäfte ab September keine branchenfremden Waren mehr verkaufen dürfen, die bisher oft einen beträchtlichen Teil ihrer Gesamtumsätze ausmachten. Im Oktober ist jedoch auch bei Lebensmitteln eine stärkere Umsatzbelebung zu erwarten, da, abgesehen von der wertmäßigen Erhöhung der Umsätze infolge der höheren Verbraucherpreise für Lebensmittel nach Wegfall der Subventionen, eine Reihe von Nahrungsmitteln (Marmelade, Kaffee, Kakao, Tee, Schokolade, Honig usw.), die bisher bewirtschaftet waren und entweder nur in geringfügigen Mengen oder überhaupt nicht zugeteilt wurden, seit 1. Oktober frei verkauft werden dürfen. Der Obst- und Gemüsehandel konnte den durch die saisonbedingte Abnahme der Gemüse- und Obstzufuhren bedingten Geschäftsrückgang im Oktober zum Teil durch einen erhöhten Kartoffelabsatz (Einlagerung) ausgleichen. Eine besonders augenfällige Belebung der Umsätze seit der Messe und der Einführung des Ratengeschäftes weist der Radiohandel auf. Im September konnte der Verkauf von Radioapparaten in einzelnen Geschäften bis auf das Zehnfache gesteigert werden. (Das Radiogeschäft scheint, wie kaum ein anderes, von den Währungsgerüchten profitiert zu haben.)

Eine gewisse Belebung der Umsätze im Herbst ist eine normale Saisonercheinung, die mit dem Ende der Urlaubszeit, dem Ankauf von Gütern periodischer Bedarfsdeckung für den Winter und dem allmählichen Anlaufen des Weihnachtsgeschäftes zusammenhängt.

geschäfte zusammenhängt. Ein Vergleich der tatsächlichen Umsatzentwicklung mit dem für die Vorkriegszeit typischen saisonalen Verlauf der Umsätze (Saisonindex) zeigt jedoch, daß die Umsatzbelegung seit Jahresmitte über das saisonbedingte Ausmaß hinausgeht. Die Umsatzerhöhung von August auf September ist zwar bei einigen besonders saisonempfindlichen Waren (z. B. Konfektionswaren) infolge des Ausbleibens des saisonalen Tiefpunktes im August geringer als bei normalem Saisonablauf; bereits im Oktober ist jedoch bei allen Waren ein „übersaisonaies“ Ansteigen der Umsätze festzustellen. Auch gegenüber Jänner ist das erreichte Umsatzniveau bedeutend höher als saisonbedingt zu erwarten gewesen wäre. Es liegt also eine *echte Nachfrigesteigerung nach Konsumgütern* vor, die nur zum Teil durch eine Erhöhung der Einkommen erklärt werden kann, da die Arbeiternettoverdienste in Wien von Jänner bis September nur um 16% und der Beschäftigtenstand in ganz Österreich nur um 4% gestiegen sind. Maßgeblich dürfte vielmehr eine verstärkte Kauflust sein, die nach der anfänglichen Zurückhaltung der Käufer in den ersten Monaten nach dem Währungsschutzgesetz bereits seit Jahresmitte zu beobachten ist und im Oktober durch Gerüchte über Währungsmaßnahmen neuen Auftrieb erhalten hat. Dies wird auch durch die Entwicklung der Spareinlagen bestätigt, die im ersten Halbjahr 1948 auch nach Ausschaltung der Rückbuchungen für Sozialbedürftige leicht zugenommen haben, im September jedoch erstmalig einen Rückgang von 14 Mill. S zeigen.

Der günstige Geschäftsgang des Handels findet auch in den *Umsatzsteuereinnahmen* einen entsprechenden Niederschlag (von August bis Oktober Zunahme um 15%).

Die saisonbedingte Zunahme des Kino- insbesondere aber des Theaterbesuches (Beginn der Wintersaison) erhöhte die Vergnügungssteuereinnahmen um rund 10%!

Die Entwicklung der Warenhausumsätze seit dem Jahre 1937

Der vom Institut veröffentlichte Index der Kleinhandelsumsätze gibt Aufschluß über die Umsatzentwicklung seit Beginn des Jahres 1946. Ein Vergleich mit dem Jahre 1937 und mit der Umsatzentwicklung während der Kriegszeit ist jedoch mangels statistischer Unterlagen nicht möglich. Einen Ersatz hiefür bietet bis zu einem gewissen Grad ein Index über die Umsatzentwicklung der Wiener Warenhäuser, der ab 1937 fortlaufend bis

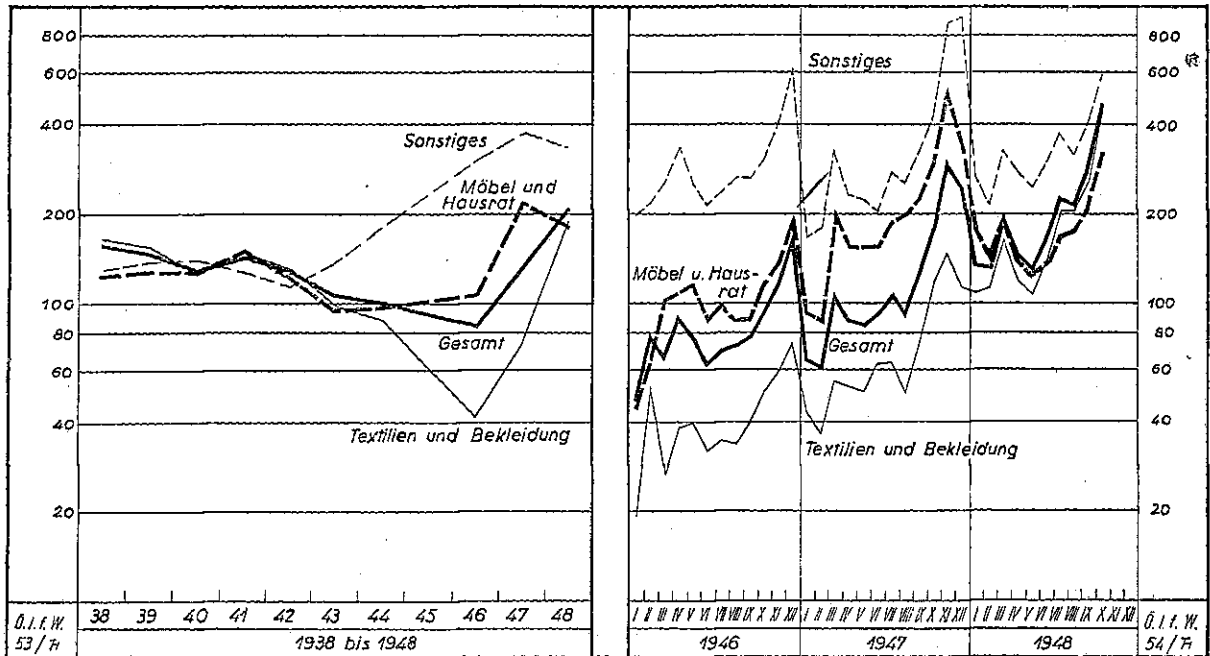
zur Gegenwart berechnet werden kann. Dieser Warenhausumsatzindex kann allerdings nur beschränkt als Maßstab für die Entwicklung der Gesamtumsätze angesehen werden, da die Warenhäuser nur etwa 3—5% (bei Textilien bis zu 10%) der Gesamtumsätze der Wiener Einzelhandelsbetriebe tätigen und sich entsprechend ihrer besonderen Betriebsstruktur sowie ihrer spezifischen Bezugs- und Absatzbedingungen vielfach anders entwickelt haben als die übrigen Einzelhandelsgeschäfte. Auch von wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden sie vielfach in verschiedenem Ausmaß betroffen.

Während des Krieges wurden die Warenhäuser durch Maßnahmen zur Auskämmung des Handels von überflüssigen Betrieben und durch Stilllegungen bei Einrücken des Geschäftsinhabers oder des Personals weniger in Mitleidenschaft gezogen als die Fachgeschäfte. Außerdem wurden sie bevorzugt mit bewirtschafteten Waren beteiligt, da sie hauptsächlich der Befriedigung des Massenkonsums der weniger kaufkräftigen Bevölkerung dienen. Die Warenhausumsätze haben sich also im Krieg vermutlich günstiger entwickelt als die Gesamtumsätze. Dagegen dürfte in der ersten Nachkriegszeit eine umgekehrte Tendenz eingetreten sein. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, daß der Fachhandel leichter als das strenger kontrollierte Warenhaus die Möglichkeit hatte, die Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften zu umgehen, sondern auch die Beschränkung der kaufkräftigen Nachfrage nach Gütern periodischer Bedarfsdeckung auf einen kleinen Personenkreis, während die Einkommen jener Bevölkerungsschichten, auf die das Warenhaus angewiesen ist, gerade nur den Mindestlebensbedarf deckten. Seit dem Währungsschutzgesetz dürfte mit der Aufhebung großer Teile der Bewirtschaftung, dem Rückgang oder Verschwinden des Schwarzen Marktes und der allmählichen Zunahme des Realeinkommens, die auch den Schichten mit niedrigeren Einkommen den Kauf von Textilien, Schuhen und anderen gewerblichen Bedarfsgegenständen gestattete, das Warenhaus wieder an Bedeutung zugenommen haben¹⁾.

Diese Sonderbewegungen der Warenhausumsätze müssen im Auge behalten werden, wenn von ihnen auf die gesamte Umsatzentwicklung geschlossen wird. Immerhin geht aus den Warenhaus-

¹⁾ Diese Darstellung stimmt mit der auf Grund der Beschäftigtenzahlen festgestellten relativen Entwicklung von Groß- und Kleinbetrieben in der gesamten gewerblichen Wirtschaft überein. Siehe Nr. 9 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jg. (September 1948), S. 333—334.

Abb. 1. Die Umsatzentwicklung (wertmäßig) der Wiener Warenhäuser von 1938 bis 1948
(Log. Maßstab; ϕ 1937 = 100)



Die Umsatzentwicklung der Wiener Warenhäuser gibt ein repräsentatives Bild über die Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Konsumgütern. Einem stärkeren Anstieg der Umsätze im Jahre 1938 (erhöhte Nachfrage infolge Vollbeschäftigung) folgte während der Kriegsjahre mit zunehmender Warenknappheit ein allmählicher Umsatzrückgang. Nach Überwindung der Tiefpunkte in den Jahren 1945 und 1946 begannen die wertmäßigen Umsätze infolge der Preissteigerungen rasch, die mengenmäßigen Umsätze dagegen nur langsam zu steigen. Eine stärkere Belebung der mengenmäßigen Umsätze trat bei stabilen und sinkenden Preisen erst im Jahre 1948 ein. Bemerkenswert ist die für die Mangelwirtschaft typische Verlagerung der Umsätze von den bewirtschafteten (Textilien) zu den unbewirtschafteten Waren („sonstige“ Waren) während der Kriegs- und Nachkriegszeit. Erst seit dem Währungsschutzgesetz normalisiert sich die Umsatzstruktur dank des größeren Angebots von Textilien und einer rückläufigen Nachfrage nach „sonstigen“ Waren.

umsätzen, wenn schon nicht das genaue Ausmaß, so doch zumindest die Richtung, in der sich die Gesamtumsätze bewegt haben, hervor.

Nach Ausschaltung der Preisbewegung geben die Warenhausumsätze etwa folgendes Bild: Im Jahr 1938 stiegen die Umsätze infolge erhöhter inländischer Nachfrage (Beseitigung der Arbeitslosigkeit) und des Ausverkaufs an das Deutsche Reich um mehr als 50% an. In der Folgezeit ergab sich eine leicht sinkende Tendenz. Erst ab 1941 sanken die Umsätze infolge zunehmender Warenverknappung stärker und erreichten im Jahre 1944 ungefähr wieder das Niveau des Jahres 1937. Vom katastrophalen Umsatzrückgang nach Kriegsende konnten sich die Warenhäuser nur sehr langsam erholen. Erst das Preis-Lohn-Abkommen vom August 1947 schuf mit der Stabilisierung des Preisniveaus die Grundlage für eine erhöhte (legale) Umsatztätigkeit, nachdem die Produktion bereits in den vorangegangenen Monaten angelaufen war. Deutlich heben sich auch bei den Warenhausumsätzen die Angstkäufe im November und Dezember 1947 ab

sowie die Stagnation unmittelbar nach der Währungsreform trotz des augenscheinlich gestiegenen Angebots. Erst ab Juni trat eine stärkere Belebung der Umsätze ein (der Oktoberumsatz war mehr als dreimal so hoch wie der Jännerumsatz), ohne daß sie allerdings bisher mengenmäßig auch nur annähernd den Friedensstand erreicht haben. So betragen die Umsätze in Textilien und Bekleidung nach Ausschaltung der Preiserhöhungen im Durchschnitt 1947 nur 16% und erreichten selbst im Oktober 1948 erst etwa zwei Drittel des Standes von 1937.

Von besonderem Interesse sind die Veränderungen des Anteils der einzelnen Warengruppen an den Gesamtumsätzen¹⁾. Bis zum Jahre 1943 blieb der

¹⁾ Bei den Warenhäusern ist der Anteil der Textilumsätze an den Gesamtumsätzen mit 70% (in Normalzeiten) bedeutend größer als im Gesamtdurchschnitt des Einzelhandels (30%). Die Relation zwischen den Umsätzen der einzelnen Warengruppen ist daher nicht für das gesamte Umsatzvolumen typisch, wohl aber für die Richtung, in der sich die Anteile verschoben haben.

Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser

Anteil der einzelnen Warengruppen an den Gesamtumsätzen

Zeit	Textilien u. Bekleidung	Möbel u. Hausrat	Sonstiges	Zeit	Textilien u. Bekleidung	Möbel u. Hausrat	Sonstiges
	in %				in %		
Ø 1937	76.1	9.8	14.1	1947	X. 49.8	16.4	33.8
Ø 1938	80.5	7.7	11.8		XI. 39.0	17.2	43.8
Ø 1939	78.6	8.4	13.0		XII. 34.8	13.6	51.6
Ø 1940	74.8	9.7	15.5	1948	I. 59.9	12.9	27.2
Ø 1941	77.3	10.3	12.4		II. 66.0	10.9	23.1
Ø 1942	78.0	9.5	12.5		III. 65.7	9.8	24.5
Ø 1943	72.9	9.0	18.1		IV. 63.2	9.7	27.1
Ø 1944	66.0	9.3	24.7		V. 63.3	9.7	27.0
Ø 1946	37.8	12.3	49.9		VI. 65.6	8.5	25.9
Ø 1947	43.0	16.6	40.4		VII. 69.0	7.4	23.6
1947					VIII. 71.4	8.2	20.4
VIII.	40.9	21.0	38.1		IX. 71.7	7.5	20.8
IX.	45.6	17.6	36.8		X. 74.5	7.0	18.5

Anteil der einzelnen Warengruppen relativ konstant. In der Folgezeit setzte jedoch immer stärker eine für die Mangelwirtschaft typische Verlagerung der Umsätze zugunsten des Hausrates und insbesondere der nicht bewirtschafteten „sonstigen Waren“ ein. Der Höhepunkt der durch die Warenknappheit bedingten „Ramschkäufe“ wurde bereits im Jahre 1946 erreicht. Im Jahre 1947 besserte sich das Verhältnis etwas zugunsten der wichtigeren Waren, wenn man vom Dezember 1947 absieht, wo hauptsächlich durch Angstkäufe und die Zurückhaltung wichtiger Waren vor dem Währungsschutzgesetz nur 34.8% der Warenhausumsätze auf Textilien und 51.6% auf sonstige Güter entfielen. Eine deutliche Rückverlagerung zugunsten der Textilumsätze trat jedoch erst nach dem Währungsschutzgesetz ein. In den letzten Monaten wurde sogar annähernd das normale Verhältnis der Vorkriegszeit erreicht — ein weiterer Beweis dafür, daß sich die Angebots- und Nachfragestruktur normalisiert hat, wenn auch auf einem bedeutend niedrigerem Niveau.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 444—445

Die allgemeine Belebung der Wirtschaft zu Ende des Sommers sowie der übliche saisonmäßige Einfluß machten sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Der *Beschäftigtenindex* der Arbeiterkammer zeigte im September eine verstärkte Aufwärtsbewegung (+1.3% gegenüber 0.8% und 0.6% in den beiden Vormonaten) und der Stand der bei der Wiener Gebietskrankenkasse versicherten Arbeiter und Angestellten überstieg mit 478.700 erstmalig wieder die Zahl vom April dieses Jahres, sind zwar um 5.100. Bei den *Stellensuchenden* ist zum erstenmal seit April ein geringfügiger Rück-

gang (um 200) zu beobachten, der sich allerdings nur auf männliche Stellensuchende beschränkte.

Der lebhaftere Geschäftsgang läßt erwarten, daß sich die sechsprozentige Lohnsteigerung vom Oktober kaum nennenswert auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird. Viel einschneidendere Folgen könnte eine ernste Stromkrise haben; sie würde den nach Weihnachten einsetzenden saisonmäßigen Beschäftigungsrückgang verschärfen.

Mangel an Lehrstellen

Obwohl mit dem Beginn der Herbstsaison die Zahl der vorgemerkten Lehrstellensuchenden von ihrem Höchststand von 25.081 im Juli auf 20.834 im September zurückging, ist sie sowohl absolut als auch im Vergleich zu den offenen Lehrstellen (4.837) noch immer sehr hoch. Insbesondere für die Lehrstellen suchenden Mädchen sind die Aussichten sehr ungünstig, da sich 6.896 Mädchen um 746 offene Stellen bewerben.

Zur Milderung des Lehrstellenmangels, der zumindest zum Teil auf die hohen Kosten der Lehrlingshaltung zurückzuführen ist, wurde u. a. vorgeschlagen, die Lehrlingskosten durch Zuschüsse aus einer Umlage auf lehrlingslose Betriebe herabzusetzen. Auch die Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten wird in Erwägung gezogen.

Selbst wenn es auf diesem oder einem anderen Weg gelingen sollte, den Mangel an Lehrstellen zu beheben, bleibt noch die Frage offen, für welche Berufe man die Jugend schulen und von welchen Berufen man ihnen im allgemeinen abraten solle. Die Lehrlingsberatung und die Schaffung von Lehrstellen dürfen dabei nicht nur auf die gegenwärtigen Bedürfnisse abgestellt werden, sondern es muß auch auf den zukünftigen, nach Abschluß der Lehrzeit zu erwartenden Facharbeiterbedarf Rücksicht genommen werden. Dazu aber wäre es notwendig, wenigstens ein ungefähres Bild über die Entwicklungstendenzen der einzelnen Wirtschaftszweige zu besitzen. Wieweit eine derartige Vorschau in einer weitgehend dem Preismechanismus überlassenen Wirtschaft durchführbar ist, läßt sich nicht leicht beantworten. Es müßte jedoch immerhin möglich sein, auf Grund vorsichtiger Wirtschaftsanalysen zumindest in groben Zügen die voraussichtlichen Ausdehnungs- bzw. Schrumpfungstendenzen des Wirtschaftskörpers abzuschätzen und daraus Richtlinien für die Lehrlingsberatung und für die Schaffung von Lernmöglichkeiten abzuleiten.

Neben der Vorausschätzung der Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige muß eine rationelle Nachwuchslenkung sowohl die Altersstruktur der

Beschäftigten in einzelnen Berufszweigen als auch die Zahl der fremdberuflich Tätigen einer Berufsgruppe, mit deren Rückwanderung früher oder später gerechnet werden kann, berücksichtigen. Je überalterter eine Berufsgruppe ist und je weniger Berufsträger außerhalb ihres Berufes tätig sind, desto besser sind — unter sonst gleichbleibenden Umständen — die späteren Berufsaussichten für Lehrlinge und umgekehrt.

Anhaltspunkte über die Altersstruktur der Be-

Kennziffern für die Lehrlingsausbildung

Berufsgruppe	Zahl der Lehrstellen-suchenden)	An-drangs-ziffer) ²⁾	Arbeit-nehmer ^{3) 4)} über 45 Jahre in %	Fremd-beruf-lich tätige Arbeit-nehmer ^{5) 6)} in %
Ackerbauer usw.	283	3·5	25·6	7·8
Jagd und Fischerei . . .	72	2·2	45·6	10·8
Bergleute	47	1·0	39·6	11·2
Stein- und Glasarbeiter	61	1·3	45·0	15·7
Metallarbeiter	3.848	2·7	31·4	16·5
Musikinstrumenten- und Spielwarenmacher . . .	8	2·0	41·8	20·1
Chemiearbeiter	10	1·7	45·8	18·1
Gummiarbeiter	8	1·1	34·5	14·0
Textilarbeiter	202	3·1	31·0	12·1
Papierarbeiter	29	1·8	49·2	11·6
Ledarbeiter	366	4·6	35·2	17·7
Holzarbeiter	2.768	6·4	32·8	13·6
Nahrungs- und Genußmittelarbeiter .	1.286	3·7	31·3	31·1
Bekleidungsarbeiter . . .	5.549	8·8	23·8	14·8
Friseure	948	5·4	15·9	20·3
Bauarbeiter	2.484	4·5	44·6	12·5
Graphische Berufe . . .	119	3·1	44·5	14·0
Reinigungsarbeiter . . .	79	3·0	52·8	13·2
Bühnenarbeiter	—	—	68·6	15·2
Gaststättenarbeiter . . .	454	5·7	32·3	21·1
Verkehrsarbeiter	—	—	40·7	17·0
Hausgehilfen	—	—	37·3	10·2
Hilfsarbeiter	—	—	31·7	16·3
Maschinisten u. Heizer	—	—	58·0	21·3
Kaufmännische und Verwaltungsberufe . . .	2.195	3·1	31·2	13·9
Ingenieure u. Techniker	10	2·0	34·1	26·8
Sonstige Berufe	8	2·7	27·9	16·8
Insgesamt	20.834	4·3	33·2	14·3

¹⁾ Statistik des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung, September 1948.

²⁾ Die Andrangziffern geben die Zahl der Lehrstellen-suchenden pro offene Stelle an.

³⁾ Auf Grund der Beschäftigtenzählung des Sozialministeriums vom März 1948.

⁴⁾ Gesamtzahl der inländischen Dienstnehmer (ohne Lehrlinge) gleich 100.

⁵⁾ Nur jene Arbeitnehmer sind erfaßt, die in einer anderen Berufsgruppe arbeiten, nicht aber jene, die innerhalb ihrer Berufsgruppe in einer fremden Berufsart beschäftigt sind.

schäftigten und die Zahl der in fremden Berufen Tätigen einer Berufsgruppe enthält die Beschäftigtenstatistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom März 1948 (siehe Übersicht). Daraus ist zu entnehmen, daß die Schaffung von Lehrstellen für Stein- und Glasarbeiter, Chemiearbeiter und für Papierarbeiter durchaus gerechtfertigt erscheint. Die Arbeiterschaft in diesen Berufsgruppen ist ziemlich überaltert (45 bis 49% sind über 45 Jahre alt) und der Lehrlingszustrom ist äußerst gering. Etwas weniger günstig dürften trotz Überalterung der Arbeiterschaft die Berufsaussichten bei den Musikinstrumenten- und Spielwarenmachern liegen, da hier jeder Fünfte außerhalb seines Berufes tätig ist.

Dagegen sollte der ohnehin beachtliche Zustrom von Lehrstellensuchenden (1.286) zu den Nahrungs- und Genußmittelbetrieben nicht gefördert werden, da dieser Beruf eher zu den „jüngeren“ gehört — nur 31·3% der Berufszugehörigen sind über 45 Jahre — und nahezu jeder Dritte berufs-fremd arbeitet. Selbst eine ziemlich starke Ausdehnung dieses Wirtschaftszweiges dürfte daher ohne stärkere Lehrlingsaufnahme möglich sein.

Am wenigsten überaltert erscheinen die Berufszweige Bekleidungsarbeiter und Friseure: nur 23·8% bzw. 15·9% sind über 45 Jahre alt. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in dem hohen Abgang von Arbeitskräften durch Verselbständigung oder — bei den Frauen — durch Heirat. Ein höherer Lehrlingsumsatz ist bei diesen Berufen weitgehend strukturbedingt. Trotzdem läßt das starke Mißverhältnis zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Stellen bei diesen beiden Berufen darauf schließen, daß die Nachfrage nach Lehrstellen zu groß ist und daß eine Umlenkung der Lehrstellensuchenden auf andere Berufe angezeigt wäre.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 446 — 447.

Die Leistungen der Bundesbahnen waren im Monat September sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr etwas rückläufig, blieben jedoch im Nutzlasttonnenkilometer gerechnet noch über dem Stand vom gleichen Monat des Vorjahres. Der Rückgang im Personenverkehr um 300.000 Fahrkarten im September ist ausschließlich saisonbedingt, da die Sommersaison mit dem Monat August endet.

Die Einnahmen der Bundesbahnen aus dem Personenverkehr sind in den Sommermonaten dank dem Fremdenverkehr saisonbedingt gestiegen. Die Saison war allerdings nicht so gut wie in der Vor-

kriegszeit, weil der Fremdenverkehr, vor allem der Ausländerfremdenverkehr, noch nicht friedensmäßige Bedeutung erlangt hat. Außerdem wurde der Saisoneinfluß auch durch den nachkriegsbedingt stärkeren inländischen Reiseverkehr außerhalb der Sommermonate geschwächt.

Einnahmen der Bundesbahnen in der Sommersaison

	1935/37 Millionen	1947 Schilling	1948 Schilling
Monatsdurchschnitt	11'5	26'7	38'01)
Juli	17'8	32'5	44'8
August	17'3	36'6	47'6
September	13'4	43'7	41'3

1) Geschätzt durch Fortrechnung.

Der Güter- und Personenverkehr wird durch die von einer Besatzungsmacht unter dem Titel Beutegut verfügte Beschlagnahme und Wegschaffung von rollendem Material (540 Lokomotiven und 5.575 Waggonen) in den Wintermonaten, vor allem in den östlichen Bundesländern, eine bedrohliche Einschränkung erfahren, falls es nicht gelingt, durch forcierte Reparaturarbeiten, wie sie vom Verkehrsminister angekündigt wurden, sowie durch schnelleren Waggonumlauf den Ausfall wettzumachen. Da genügend reparaturfähige Wagen vorhanden sind, hängt es ausschließlich von den verfügbaren Arbeitskräften und den Reparaturmöglichkeiten ab, wann die verfügbaren Verkehrseinschränkungen (am 22. November wurde die Verkehrsstufe I eingeführt) wieder gelockert werden können.

Im Donauschiffsverkehr ergaben sich gegenüber dem Vormonat nur unbedeutende Veränderungen. Die Talfahrt im Güterverkehr ist im September zurückgegangen, da die jeweils für drei Monate festgelegten Kohlenzuteilungen aus der Ruhr überwiegend bereits im Juli und im August ausgeliefert wurden. Der Wasserstand hätte im September noch eine doppelt so hohe Verladung ermöglicht. In der Bergfahrt konnte seit Monaten wieder eine Rückfracht — 3.500 t Roheisen nach Übersee — verladen werden. Verhandlungen über die Beförderung von Kalkammonsalpeter und Exportpapiersendungen sind im Gange.

Die Ergebnisse der europäischen Fahrplankonferenz in Krakau (6. bis 16. Oktober 1948) bringen auch für Österreich durch Fahrzeitverkürzungen und Einschaltung neuer Zugpaare im Fernreiseverkehr bedeutende Vorteile. Die Reisedauer des Arlberg-Express Wien—Paris wird um sechs Stunden verkürzt, der Kurswagen Wien—Amsterdam läuft bis Hoek van Holland und ermöglicht damit eine unmittelbare Verbindung mit London, ein neuer Schnellzug Linz—Hamburg bietet Anschluß an den Skandinavienexpress und ein zweites Schnellzugpaar München—Rom über Innsbruck erlaubt eine günstige Tagesverbin-

dung zwischen Innsbruck und Rom. Weiter erhält der Nachmittagsschnellzug Wien—Paris in Basel unmittelbaren Anschluß an den Schweiz-Skandinavien-Express. Damit sind für den Ausländer-Reiseverkehr nach Österreich bedeutende Erleichterungen verbunden, die unsere Fremdenverkehrswerbung unterstützen.

Das Verkehrsabkommen mit Italien (9. November 1948) gestattet nach vollzogenem gegenseitigen Notenwechsel eine direkte Straßenverbindung zwischen Nord- und Osttirol auf der Strecke Brenner—Franzensfeste—Aicha—Pustertaler Straße bis Staatsgrenze. Die Durchfahrt erfolgt ohne Visum und muß je nach Fahrzeugart in einer bestimmten Zeit erfolgen. Neben der bereits erfolgten Regelung der Durchfahrt durch den Berchtesgadner Zipfel ist dies das zweite Abkommen innerhalb eines Jahres, das für den Straßenverkehr Erleichterung und Kostenersparnis bringt.

Ausländerfremdenverkehr

Die von der „Stelle für Wiederaufbau des österreichischen Fremdenverkehrs“ seit dem Sommer 1947 durchgeführte Ausländeraktion erbrachte in der Zeit vom 15. Juni 1947 bis Herbst 1948 einen Devisennettogewinn von 5,5 Mill. S und einschließlich der Erholungsaktion der britischen Armee sogar 7,1 Mill. S. Bemerkenswert ist der Fortschritt gegenüber dem Sommer 1947, der in einer Steigerung der Deviseneinnahmen auf das Sechsfache und der belegten Bettenzahl um das Dreifache zum Ausdruck kommt. In der Sommersaison 1948 vermochte die „Aktion“ 14.790 Fremde mit 81.293 Nächtlungen (Sommeraktion 1947: zirka 12.000 Nächtlungen) nach Österreich zu bringen.

Ausländeraktion in den Jahren 1947 und 1948¹⁾

	Bettenzahl	Devisen- ausgaben ²⁾	Devisen- einnahmen ³⁾
		1000 Schilling	
Sommer 1947	1.200	3.389	1.000
Winter 1947/48	2.000		1.500
Sommer 1948	3.400		6.456
Britische Armee	1.600
Summe	3.389	10.556

1) Daten der „Stelle für Wiederaufbau des österreichischen Fremdenverkehrs“. — 2) Verpflegung, Brennstoff usw. — 3) Hotelarrangements, Leistungstickets, Fahrkarten, Benzin- und Ölgutscheine usw.

Die meisten Besucher stammten aus England und Holland, während im Jahre 1937 41,8% auf die Südostländer und CSR und 23,5% auf Deutschland entfielen. Der Fremdenverkehr mit Deutschland dürfte zwar in absehbarer Zeit wieder aufleben (Bespaltungen über die Öffnung in der Bizone sind im Gange); dagegen werden aus dem Osten wahrscheinlich auch in absehbarer Zukunft nur relativ wenige Besucher erwartet werden können. Beim Wiederaufbau des österreichischen Be-

herbergungsgewerbes wird diese gegenüber der Vorkriegszeit weitgehend verschiedene Herkunft der ausländischen Gäste entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Ausländeraktion Sommer 1948

	Gäste- anzahl	Nächti- gungen	Gäste- anzahl	Nächti- gungen
England . . .	4.351	26.331	ÖSR . . .	31 505
USA	1.360	6.573	Skandinavien	4 31
Belgien . . .	2.849	5.275	Holland	4.280 34.057
Schweiz . . .	1.144	3.598	Übrige	
Frankreich .	139	681	Länder	586 3.982
Italien . . .	46	260	Insgesamt	14.790 81.293

Der Anteil der „Aktionsgäste“ am gesamten Ausländerverkehr im Sommer 1948 dürfte etwa ein Viertel bis ein Fünftel betragen. Nach groben Schätzungen — genaue statistische Daten liegen infolge mangelhafter Meldungen der Gemeinden nicht vor — betrug die Ausländerfrequenz in der Sommersaison 1948 ungefähr 60.000 bis 70.000 Fremde mit rund 450.000 Nächtigungen, also knapp ein Zehntel des Vorkriegsstandes.

Für die Wintersaison 1948/49 kann mit einer weiteren Belebung gerechnet werden, da das neue Einreiseverfahren ab 1. Dezember 1948 die Nachteile des bisherigen Verfahrens, besonders die mangelnde Freizügigkeit während des Aufenthaltes in Österreich und der Zwang zu relativ hohen Geldausgaben, beseitigt¹⁾.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 448

Im September wurde der im August beobachtete saisonmäßige Rückschlag der Ausfuhr wieder überwunden und mit 172,3 Mill. S fast das Niveau vom Juli erreicht. Insbesondere die Ausfuhr nach Deutschland, Griechenland und den USA hat gegenüber den vergangenen Monaten stark zugenommen. Die Einfuhr stieg im September weiter um 8,8 Mill. S auf 231,2 Mill. S, hauptsächlich infolge einer Verdopplung der Einfuhr aus Ungarn.

Die, abgesehen von zufälligen und saisonmäßigen Schwankungen, stetige Aufwärtsentwicklung des Außenhandels geht deutlich aus den Quartalsziffern hervor. Trotz des vorübergehenden Rückschlags im August war die Ausfuhr im dritten Quartal sowohl wertmäßig (+ 7,7%) als auch mengenmäßig (+ 7,3%) größer als im zweiten Quartal.

¹⁾ Ausländische Besucher mußten bisher für das Hotelarrangement und zur Erlangung des Einreisepermits im Ausland 4 bis 450 Dollar pro Tag in Devisen bezahlen. Die neue Regelung sieht sogenannte Touristenkarten vor, für die pro Stück 1,67 Dollar in Devisen zu hinterlegen sind. Im Gegensatz zu früher wird dieser Betrag dem ausländischen Besucher in Österreich in Schilling rückvergütet. Bei der Einreise werden Verpflegungsbons in der Höhe von 5.000 Kalorien täglich ausgehändigt.

Bei der Einfuhr ist die Zunahme noch bedeutender (wertmäßig + 13,5%, mengenmäßig + 17,3%). Gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres hat sich der Wert der Ausfuhr mehr als verdoppelt und der der Einfuhr nahezu verdoppelt.

Diese beachtliche Steigerung der wertmäßigen Handelsumsätze gegenüber dem Vorjahr ist allerdings nicht nur auf eine Erweiterung des Außenhandelsvolumens, sondern zum Teil auf Preissteigerungen zurückzuführen.

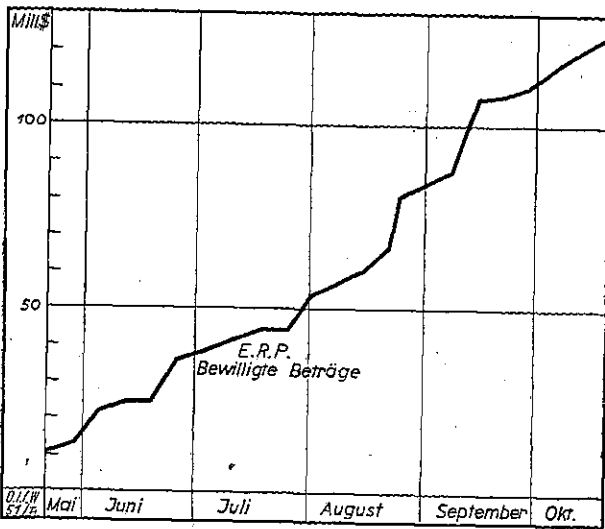
	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge in 1000 q	Wert in Mill. S	Menge in 1000 q	Wert in Mill. S
1947 3. Quartal . .	11.972	346,9	2.267	215,9
4. „	13.087	400,5	3.154	344,7
1948 1. Quartal . .	16.815	544,9	2.768	336,2
2. „	15.832	595,4	3.582	469,2
3. „	18.566	675,9	3.844	505,4

Die ausländischen Hilfslieferungen

Die amtliche Statistik weist nur einen Teil der gesamten Einfuhr, nämlich die kommerzielle Einfuhr und nur einzelne Hilfslieferungen, aus. Der überwiegende Teil der ausländischen Hilfslieferungen ist dagegen in ihr nicht enthalten. Zur besseren Beurteilung der wirtschaftlichen Lage wäre es aber wünschenswert, allmonatlich gleichzeitig mit der Statistik über die kommerziellen Einfuhren auch eine ähnlich aufgegliederte Statistik aller Hilfslieferungen aufzustellen. Diese sollte auch die aus Hilfskrediten bezahlten Kohlenlieferungen sowie die aus dem britischen Pfundkredit stammenden Importe aufnehmen, die bisher in der amtlichen Statistik der kommerziellen Einfuhr mit enthalten sind. Im I. Halbjahr 1948 betragen diese Kohlenlieferungen 150 Mill. S und die aus dem Pfundkredit stammenden Lieferungen 44 Mill. S, zusammen also 194 Mill. S oder 17% der gesamten handelsstatistischen Einfuhr. Die Einbeziehung solcher Hilfslieferungen in die amtliche Statistik verleitet zu Fehlschlüssen, da Schwankungen der Hilfslieferungen Änderungen der kommerziellen Einfuhr vortäuschen und das ausgewiesene Außenhandelsdefizit damit weder für die Devisenbilanz noch für die gesamte Güterversorgung von Bedeutung ist.²⁾ Es ist zu befürchten, daß mit dem privaten Bezug von Marshall-Plan-Lieferungen die Vermengung von kommerziellen Importen und Hilfslieferungen weiter zunehmen wird. Dadurch wird nicht nur der Erkenntniswert der Handelsstatistik beeinträchtigt, sondern auch die Errechnung der Gesamteinfuhr schwierig, da Doppelzählungen nicht vermieden werden können.

²⁾ Das Außenhandelsdefizit sollte entweder als Differenz zwischen der Gesamteinfuhr (einschließlich Marshall-Plan- und Hilfslieferungen) und der Ausfuhr oder zwischen der Einfuhr unter Ausschluß aller ERP-Lieferungen und der Ausfuhr berechnet werden.

ERP-Autorisationen für Österreich
(Normaler Maßstab; in Mill. Dollar)



Obwohl der Marshall-Plan formell bereits im April begann, wurden erst im Mai die ersten Bezugsrechte für Marshall-Plan-Lieferungen an Österreich ausgestellt. In den Sommermonaten nahmen jedoch die Autorisationen rasch zu und überschritten Ende September bereits die Hälfte des für das erste Jahr vorgesehenen Betrages der unmittelbaren Marshall-Plan-Hilfe. Die effektiven Lieferungen blieben allerdings hinter den Bewilligungen weit zurück und erreichten Ende September erst 19 Mill. Dollar.

Österreich erhielt von Kriegsende bis Anfang September 1948 ausländische Hilfslieferungen (ohne den britischen 8,5 Mill.-Pfundkredit und die beiden britischen Wollkredite) im Betrage von 537,6 Mill. Dollar (siehe Übersicht) oder etwa 165 Mill. Dollar pro Jahr. Von der Gesamtsumme entfallen rund 29 Mill. Dollar auf das Jahr 1945, rund 176 Mill. Dollar auf das Jahr 1946 und auf das Jahr 1947 und der Rest (157 Mill. Dollar) auf das Jahr 1948. Durch den Marshall-Plan (ERP), der in den letzten Monaten angelaufen ist, wird Österreich auch weiterhin der Bezug von ausländischen Hilfslieferungen gesichert, nachdem die Kongreß-Interimshilfe der USA nahezu vollkommen erschöpft ist. Für das erste Marshall-Plan-Jahr (1948/49) wurden Österreich Bezugsrechte in den USA und in Europa in der Höhe von 280 Mill. Dollar eingeräumt. Die für das Jahr 1948/49 zu erwartenden Hilfslieferungen sind damit, selbst unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren eingetretenen Preissteigerungen, um etwa 50% größer als der jährliche Durchschnitt der bisher eingetroffenen Hilfslieferungen; sie übertreffen jedoch die im I. Halbjahr 1948 empfangenen Gesamtlieferungen von 130 Mill. Dollar nur unbedeutend. Allerdings

sind zum Teil noch aus anderen Krediten Lieferungen ausständig und auch die privaten Wohlfahrtslieferungen werden weiterhin eine, wenn auch geringere Rolle spielen, so daß sich der Gesamtbetrag der Hilfslieferungen noch etwas erhöht.

Hilfslieferungen des Auslands an Österreich
von 1945 bis 1. September 1948

Hilfsaktionen	Insgesamt	Ernäh-rung	Land-wirt-schaft	Indu-strie	Texti-lien	Kohle	Me-dika-mente	Son-stiges
Alliiertenhilfe Mill. S	248	248	—	—	—	—	—	—
UNRRA Mill. \$	135,6	104,9	19,6	7,5	1,8	—	1,8	—
War-Department-Aktion Mill. \$	100	—	—	—	—	—	—	—
Kongreß-Hilfe Mill. \$	95	74	4	—	—	16	1	—
Interims-Hilfe Mill. \$	64,8	44,5	5,6	—	—	13,9	0,8	—
ERP-Hilfe Mill. \$	11,0	9,0	1,0	0,2	—	0,4	0,1	0,3
Canada-Hilfe Mill. \$	3,3	2,0	0,3	0,5	—	—	0,3	—
Amerikanische Überschußgüter Mill. \$	41,0	—	—	1,3	22	—	3,1	14,6
Britische Überschußgüter Mill. \$	4,2	—	—	—	—	—	—	—
Beutegut Mill. S	28,4	—	—	1,6	—	—	2,4	24,4
Wohlfahrtsorganisationen Mill. \$	42,5	—	—	—	—	—	—	—
Summe: Mill. \$	493,2	412	42	276,4	—	—	—	—

Für die Sanierung der österreichischen Wirtschaft ist jedoch nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Art der Verwendung der Marshall-Plan-Hilfe von größter Bedeutung. Nur wenn es gelingt, die Marshall-Plan-Hilfe gesamtwirtschaftlich fruchtbar zu machen und die Hilfslieferungen nicht mehr wie bisher fast ausschließlich für Nahrungsmittel und für Kohle, sondern in steigendem Maß auch zur Besserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu verwenden, wird die Auslandshilfe ihren vollen Zweck erfüllen. Eine gewisse, wenn auch nicht sehr starke Verlagerung der Hilfslieferungen von der Einfuhr von Lebensmitteln und Kohle zur Einfuhr von industriellen Rohstoffen und Investitionsgütern ist bereits aus der Aufstellung des Gesamtprogramms für das Jahr 1948/49 zu erkennen. Unter den bis Ende Oktober importierten Marshall-Plan-Gütern finden sich neben Nahrungsmitteln (219.527 \$), Kunstdünger (1.224.750 Dollar), Saatgut (387.292 Dollar) und Kohle (317.714 Dollar), die wie bisher eine führende Rolle spielen, größere Quantitäten von Baumwolle (552.200 Dollar) und Kupfer (251.303 Dollar).

Durch die außerordentliche Umständlichkeit des Verfahrens werden die Marshall-Plan-Lieferungen, vor allem soweit es sich um private Bestellungen handelt, stark verzögert. Obwohl der Marshall-Plan offiziell bereits im April 1948 begann und Washington im Mai die ersten Autorisationen erteilt hat, trafen erst Ende Juni die ersten kleineren Sendungen in Österreich ein. Seither haben zwar die Bewilligungen rasch zugenommen und Ende September bereits die Hälfte des Österreich zustehenden Betrages erreicht. Die Lieferungen blieben jedoch bisher weit hinter den Bewilligungen zurück. Ende September, als die Bewilligungen 110 Mill. Dollar erreicht hatten, betragen die Lieferungen erst 19 Mill. Dollar.